Rede des Genossen Ramiz Alia: "Die Linie des Kampfes und Sieges gegen den Chruschtschow - Revisionismus." Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 29. November 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

13. Strafrechtsänderungsgesetz

Gesetz gegen den revolutionären Klassenkampf

Noch vor Weihnachten soll nach dem Willen der Bundesregierung vom Bundestag ein Gesetz beschlossen werden,

- **das dem Arbeiter verbietet, laut zu sagen, daß er für einen ,,wilden" Streik ist. Egal, ob auf einer Belegschaftsversammlung, auf der Straße oder im internen Kreis;**
- **das dem Arbeiter, der Hausfrau, dem Studenten oder Schüler verbietet, laut zu sagen, daß man beispielsweise im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen auf die Straße gehen und notfalls auch die Schienen blockieren sollte;**
- **das dem Bauern verbietet, laut zu sagen, daß die Kämpfe, wie sie in den letzten Monaten gegen das ,,Bauernlegen" oder auch gegen den Manöverterror stattgefunden haben, richtig waren und man sie wiederholen sollte;**
- **das uns allen verbietet, den Befreiungskampf in den Ländern der Dritten Welt, z.B. in Vietnam, zu begrüßen oder auch laut zu sagen, daß wir revolutionäre Aktionen wie kürzlich in Spanien oder auch wie im Pariser Mai 1968 richtig, gut und unterstützenswert finden;**
- **das jeden Journalisten, jeden Verleger, jeden Drucker, jeden Zeitungsausträger, jeden kleinen Kioskbesitzer — den Springerkonzern natürlich ausgenommen — mit dem Staatsanwalt und der Polizei bedroht, es sei denn, sie verstehen die Pressefreiheit so wie sie gemeint ist: wenn schon Artikel über die Kämpfe der Werktätigen, dann aber gegen sie;**
- **das jeden, der öffentlich als Kommunist oder Revolutionär auftritt, ob als Verleger einer kommunistischen Zeitung, ob als Verteiler eines Flugblatts, ob als Redner auf einer kommunistischen Veranstaltung oder auf anderen öffentlichen oder internen Versammlungen — mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren bedroht; das auf das faktische Verbot jeder kommunistischen oder revolutionären Zeitung, jeder kommunistischen oder revolutionären Meinungsäußerung hinausläuft.**

Dieses Gesetz, mit dem auch die letzten Reste der Meinungs- und Pressefreiheit vernichtet werden sollen, ist die sogenannte 13. Strafrechtsänderungsreform, ist das geplante Gesetz gegen die ,,Befürwortung von Gewalttaten".

Dieses Gesetz ist ein Generalangriff auf unser Volk. Mit den Notstandsgesetzen hat sich die Bourgeoisie vor 7 Jahren die Möglichkeit geschaffen, legal, mit den Methoden des ,,Rechtsstaates" und auf dem ,,Boden der freiheitlich-demokratischen Ordnung" eine faschistische Diktatur über das Volk zu errichten. Mit diesem neuen Gesetz schafft sich die Bourgeoisie die Möglichkeit, die Verbreitung jedes revolutionären Gedanken zu unterbinden. Als Hitler 1933 an die Macht kam, ließ er Zehntausende von kommunistischen und anderen oppositionellen Schriften auf Scheiterhaufen verbrennen. Die Bundesregierung ist gegen Bücherverbrennungen. Sie verbietet, daß sie überhaupt geschrieben werden.



Mai 1933: Zehntausende von kommunistischen und oppositionellen Schriften werden auf dem Scheiterhaufen verbrannt.

Kaum einer hat von dieser geplanten Gesetzesänderung jemals gehört. Zum ersten Mal wurde breiteren Teilen der Bevölkerung dieses Gesetz durch die Monitor-Sendung ,,Muß Böll ins Gefängnis?" bekannt. Aber als diese Sendung über die Bildschirme lief, hatte die Regierung ihr Gesetz bereits ein Jahr in der Schublade!

1972 auf einer Konferenz der Innen-

Fortsetzung auf Seite 7

Nach dem Tod Francos

Carlos, Carillo und Co. sollen das Regime retten

Franco, der bisherige Führer des faschistischen Regimes in Spanien, ist gestorben. Für das spanische Volk und alle Menschen in der Welt, die dessen gerechten Kampf unterstützten, ein Anlaß zur Freude — wenngleich dieser Henker des spanischen Volkes ein Ende am Galgen verdient hätte. Es ist geradezu eine Provokation gegen die Gefühle der Sympathie, die unser Volk dem spanischen Volk in seinem Kampf entgegenbringt, wenn die Bundesregierung anläßlich des Todes Francos Trauer flaggen läßt, Minister Ertl zur Beerdigung und Bundespräsident Scheel zur Krönung Juan Carlos fahren.

Zugleich bringt die Bundesregierung in einem Brief an Francos Nachfolger die Hoffnung zum Ausdruck, daß es dem neuen Mann an der Spitze des Henkerregimes gelingen möge, den revolutionären Kampf des Volkes zu unterdrücken, einen Übergang ,,ohne Erschütterungen" zu finden, wobei in dem Brief so getan wird, als sei mit Franco ,,eine Epoche zuende gegangen", der Faschismus nun beendet.

Schon seit langem ist zwischen der spanischen faschistischen Großbourgeoisie und dem US-Imperialismus, dem eigentlichen Oberherrn Spaniens, abgesprochen, daß Carlos die faschistische Diktatur fortsetzen soll. Carlos selbst erklärte noch vor seinem Amtsantritt, die gleiche Politik des Terrors und der Gewalt Francos fortzusetzen und zu jeder Unterdrückungsmaßnahme zu greifen, um den revolutionären Kampf des spanischen Volkes niederzuhalten. Dies hat sich blutig bestätigt. In den letzten Wochen sind die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Revolutionäre der FRAP und der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten noch verschärft und brutaler durchgeführt worden. Nach Francos Tod wurden in Madrid die Arbeiterviertel von Polizei besetzt, die Universität verriegelt, um den Kampf des Volkes niederzuhalten. Auch Außenminister Kissinger bestätigte in Washington die Fortsetzung der Diktatur durch Carlos: ,,Die Übernahme der Macht in Spanien durch Juan Carlos wird keineswegs das amerikanisch-spanische Abkommen über Stützpunkte beeinflussen und die amerikanische Regierung wird mit der gleichen Sympathie auch mit der Carlos-Regierung zusammenarbeiten."

Für den Fall aber, daß es Hampelmann Carlos, wie er im Volk genannt wird, nicht gelingen sollte, den Kampf des spanischen Volkes zu bremsen, bereiten sie jetzt schon eine andere Möglichkeit vor, um dies zu bewerkstelligen: eine Koalitionsregierung zwischen den angeblichen ,,Oppositionsparteien" und den offen faschistischen Kräften zu bilden, die dann die Diktatur fortsetzt. Diese Lösung findet besonders auch Unterstützung bei den westeuropäischen Imperialisten, die diese Lösung eleganter finden als die offene Fortführung der faschistischen Diktatur unter Carlos. Immer wieder machen sie für diese angebliche Opposition in Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk Reklame.

Eine besonders niederträchtige Rolle spielt unter dieser ,,Opposition" die revisionistische Carillo-Clique, die zu-

Fortsetzung auf Seite 2

Tödlicher Unfall im Atomkraftwerk

Die Hintergründe werden vertuscht

Zwei Todesopfer hat der schreckliche Unfall in dem Atomkraftwerk Gundremmingen in Bayern gefordert. Die beiden Arbeiter waren gerade damit beschäftigt, die Ventile des sogenannten Primärkreislaufs zu reinigen, als sich eine Stopfbuchse löste. Kochendheißer (280 Grad), radioaktiv verseuchter Wasserdampf wurde mit einem Druck von 60 atü herausgeschleudert und traf die beiden. Der 34jährige Otto Huber war auf der Stelle tot. Sein Kollege, der 46 Jahre alte Josef Ziegelmüller, wurde zu 94% verbrüht und starb 20 Stunden nach dem Unfall.

Sofort nach dem Unfall haben die zuständigen Behörden alles mögliche getan, um die entstandene Gefahr herunterzuspielen, besonders den Austritt radioaktiver Strahlung zu verharmlosen, den Hergang und die wirklichen Ursachen des Unglücks zu vertuschen und im Dunkeln zu lassen. Zynisch erklärte z. B. der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann, es handele sich lediglich um einen ,,kleinen Betriebsunfall" und die Bundesregierung ließ davor warnen ,,jetzt in Hysterie zu verfallen". Solche Unfälle, streuten die Kommentatoren der bürgerlichen Presse aus, könnten jeden Tag in jedem Kraftwerk geschehen, es bestehe kein Grund zur Aufregung usw. usf. Und erst sieben Stunden,

Fortsetzung auf Seite 2

LETZTE MELDUNG

Sieg nach zwei Jahren Kampf: Sascha Haschemi hat die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten!

Krisengipfel in Paris

Zugeständnisse an die US-Imperialisten

Mitte November trafen sich in Paris die Regierungschefs des US-Imperialismus, Westdeutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans zu einer Wochenendkonferenz. Sie waren zusammengekommen, um über die Krise, die alle kapitalistischen Länder erfaßt hat und immer größere Ausmaße annimmt, zu beraten.

Die Sprüche, die in Paris von allen Beteiligten über den Weg aus der Krise gemacht wurden, waren groß: „Wir werden einen neuen Inflationsstoß nicht hinnehmen!" Ein „stabiles und dauerhaftes Wachstum" soll erreicht werden. Ford tönte sogar: Dank der Ergebnisse der Konferenz könnten „unsere Völker auf mehr Arbeitsplätze, weniger Inflation und ein stärkeres Gefühl wirtschaftlicher Sicherheit hoffen".

Es sind die Tatsachen, die eine andere Sprache sprechen. Inflation, Produktionsflaute und Arbeitslosigkeit wachsen in allen kapitalistischen Ländern. Allein in den USA sind 10 Mill. Menschen arbeitslos, in Italien 2 Mill., in Japan 1,3 Mill., in Großbritannien und Westdeutschland je über 1 Mill., in Frankreich fast 1 Mill. Und das sind nur die offiziellen Statistiken. Schon jetzt ist die Zahl der Arbeitslosen dieser Länder doppelt so hoch als zur Zeit der letzten Weltwirtschaftskrise. Einem Londoner Wirtschaftsinstitut zu Folge werden diese Länder in diesem Jahr ein um 2 bis 2,5% niedrigeres Produktionsvolumen als im vergangenen Jahr haben. Die durchschnittliche Inflationsrate wird 11% erreichen. Das Handelsvolumen soll sich in diesem Jahr allgemein um 12% verringern. Wirtschaftswissenschaftler haben festgestellt, daß diese Tendenz auch im nächsten Jahr weiter anhalten wird.

Der vorgegebene Optimismus von Ford und den anderen Regierungschefs soll lediglich die Werktätigen in diesen Ländern beruhigen, die sich in Streiks, Demonstrationen und anderen Aktionen immer mehr gegen ihre drückende Lage erheben. Sie, die Ford, Schmidt, d'Estaing usw. waren auch gar nicht zusammengekommen, um zu beraten, wie die Werktätigen von ihrem schweren Los befreit werden können, sondern sie waren zusammengekommen als Vertreter ihrer Monopole, deren Interessen sie wahrnehmen. Es war eine Beratung, bei der die US-Imperialisten die schwierige Lage der schwächeren westeuropäischen und japanischen Imperialisten benutzten, um für die US-Monopole Vorteile herauszuschlagen und die Macht des US-Imperialismus in Westeuropa zu sichern.

Wie aus dem gemeinsamen Abschlußkommunique hervorgeht, standen vor allem zwei Themen im Vordergrund der Verhandlungen: die Frage von Handelsbeschränkungen zwischen den beteiligten Ländern.

Noch bis vor wenigen Monaten war es eine der wichtigsten Forderungen der westeuropäischen Länder, insbesondere der französischen Imperialisten, gegenüber dem US-Imperialismus, daß das internationale Währungssystem, das sich am US-Dollar orientiert, grundlegend geändert werden muß. Infolge der schweren und umfassenden wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Krise des US-Imperialismus hatte auch der Dollar als Währung laufend schwere Krisen durchgemacht, die das ganze internationale Währungssystem durcheinanderbrachten und den anderen kapitalistischen Ländern große Schwierigkeiten bereiteten. Was die neun Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft so sehr gegen die amerikanische Leitwährung aufgebracht hatte, war die Tatsache, daß die US-Imperialisten die Stellung ihres Dollars nutzten, um die Lasten der Krise den anderen Ländern mit aufzubürden. Sie waren gezwungen, ihre Währungen aufzuwerten und abzuwerten, den Dollar jeweils zu stützen, was sie zig Milliarden gekostet hat. Und es ist nur natürlich, daß sich diese Länder auch auf diesem Gebiet mehr zusammenschlossen, um dem US-Imperialismus Widerstand zu leisten. Ein Zusammenschluß also der für die Lage in Westeuropa nützlich war und in Washington nervöse Reaktionen hervorrief, da die amerikanische Supermacht ihre Interessen, ihren Einfluß in Westeuropa gefährdet sah. Nun aber, wo sich die wirtschaftliche Lage der westeuropäischen Imperialisten wie auch der japanischen Imperialisten selbst immer mehr verschlechtert, haben die US-Imperialisten sogleich die Lage ausgenutzt, Druck ausgeübt und durchgesetzt, daß die westeuropäischen Länder vorerst weiterhin das alte Währungssystem beibehalten, was auch bedeutet, weiterhin für die Stützung des Dollars aufzukommen.

Auch auf dem Gebiet des Handels haben die US-Imperialisten den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten torpediert, indem sie ihnen das Zugeständnis abzwangen, keine Handelsschranken mehr errichten zu dürfen, was nichts anderes heißt, als daß der westeuropäische Markt wie auch der japanische Markt dem US-Monopolkapital Tor und Tür zu öffnen hat.

Dieses Vorgehen der US-Imperialisten zeigt, daß diese im Niedergang befindliche Supermacht auch nicht eine Handbreit ihrer Vormachtstellung und ihres Einflusses freiwillig aufgibt, sondern daß sie in Westeuropa mit allen Mitteln des Drucks vorgeht um gegen den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten ihre Kontrolle über die westeuropäischen Länder aufrechtzuerhalten.

Was bedeutet nun das Ergebnis der Konferenz von Paris? Heißt es, daß der US-Imperialismus an Stärke und Macht zunimmt, daß sein Einfluß in Westeuropa anwächst? Gewiß nicht. Und wenn es die US-Imperialisten noch so sehr wünschten: Entgegen aller Bekräftigungen der Einheit ist auf der Pariser Konferenz kein wirkliches Einverständnis erzielt worden. Die US-Imperialisten haben ihre Forderungen diktiert und die westeuropäischen Imperialisten haben in einigen Fragen vorübergehend zurückgesteckt. Das schafft nicht mehr Einheit zwischen den westeuropäischen Ländern und Washington, sondern wird die Widersprüche weiter verschärfen. Gerade angesichts der wachsenden Krise werden die westeuropäischen Imperialisten immer weniger bereit sein, die Lasten des US-Imperialismus sich auch noch aufzubürden.

Für die Völker Westeuropas ergibt sich aus diesen Widersprüchen eine Lage, die sie im Kampf gegen den US-Imperialismus, der im Wesen nicht anders als der russische Sozialimperialismus in Europa seine Vorherrschaft ausübt und auszuweiten sucht, nutzen können.

Tödlicher Unfall im Atomkraftwerk
Die Hintergründe werden vertuscht

Fortsetzung von Seite 1

nachdem der Unfall längst passiert war, informierte die Direktion des Kraftwerks die Gundremminger Bevölkerung, allerdings nur in einem mageren Kommunique, ohne auf die näheren Umstände einzugehen. Nicht einmal die zuständige Polizeiinspektion wurde informiert. Die Vertuschungsaktionen haben ihren guten Grund.

Der Bau von Atomkraftwerken, an denen die großen Konzerne Millionenprofite einstreichen, während die Umwelt und die Menschen gefährdet werden, stößt überall auf großen Widerstand. Der Empörung keine neue Nahrung geben und die Schuldigen in Schutz zu nehmen, das ist der Grund für die Vertuschungsaktionen.

Der bayrische Umweltminister Streibl hat die Arbeiter selbst zu den Schuldigen an ihrem schrecklichen Tod erklärt. Er nennt den Unfall einen „Betriebsfehler der Reparateure". In einer Erklärung des Umweltministeriums in München wird den beiden Arbeitern vorgeworfen, sie hätten „unvorsichtig gearbeitet", wären aber vorher über die richtige Handhabung des Ventils unterrichtet worden. Und auch der Direktor des Kraftwerks schiebt den beiden Arbeitern die Schuld zu, indem er behauptet, sie hätten die Ventile zu schnell geöffnet.

In Wirklichkeit sieht es ganz anders aus. Es ist bekannt, daß Reparaturen am Primärkreislauf sehr gefährlich sind, weil der Dampf, der in diesen Kreislauf zirkuliert, nicht nur sehr heiß, sondern auch radioaktiv verseucht ist. Der Zeitpunkt der Reinigungsarbeiten war lange genug vorher bekannt, es handelte sich nicht um eine Notreparatur, die schnell durchgeführt werden mußte. Um das Unglück zu verhindern hätte man „nur" die unter Druck stehenden Wasserdampfleitungen sperren oder abriegeln müssen. Oder ist der Reaktor etwa so konstruiert, daß das nicht möglich sein sollte? Wahrscheinlich war es so, daß das Absperren des Primärkreislaufs einen zu langen Produktionsausfall bedeutet hätte, weniger Profit. Immerhin lief der Reaktor schon 20 Stunden nach dem Unfall wieder auf Hochtouren. **Nicht die beiden Arbeiter sind schuld an ihrem eigenen Tod, sondern die Direktion des Kraftwerks, die aus menschenverachtendem Profitstreben die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen hat.**

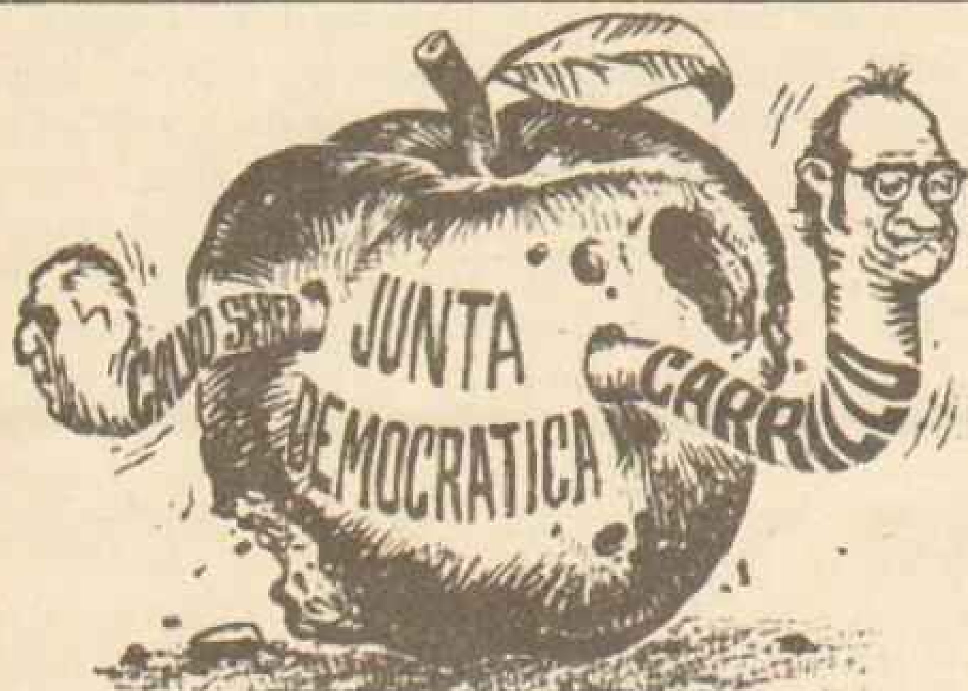
In den ersten Fernsehnachrichten nach dem Unglück wurde gemeldet, daß die Radioaktivität im Unglücksraum um das Doppelte und außerhalb des Reaktorgebäudes erheblich angestiegen sei. Schon am nächsten Tag war davon nichts mehr zu hören. „Für die Gesundheit der Bevölkerung hat zu keinem Zeitpunkt irgendeine Gefahr bestanden", „Radioaktivität konnte außerhalb des Reaktorgebäudes nicht gemessen werden", im Unglücksraum war die Steigerung jetzt nur noch „geringfügig". Diese Sprachregelungen sollten offenbar das Ausmaß des Unglücks, seine Gefährlichkeit nicht nur für die Arbeiter und Angestellten des Kraftwerks, sondern auch für die Bevölkerung herunterspielen. Dazu gehört auch die ständig wiederholte Beteuerung, daß Otto Huber und Josef Ziegelmüller auf keinen Fall an den Folgen der radioaktiven Strahlung gestorben seien. **Warum ist dann aber die Leiche von Otto Huber nicht sofort zur Beerdigung freigegeben worden, sondern in einer Spezialfolie verpackt in eine Münchener Strahlenklinik transportiert worden? War der Grad der radioaktiven Verseuchung Otto Hubers doch größer als behauptet?**

Was in Gundremmingen geschehen ist, kann sich morgen auch in anderen Kernkraftwerken wiederholen. Für die kapitalistischen Konzerne und den bürgerlichen Staat, der, wie in Gundremmingen, im Auftrag der Konzerne die Kraftwerke in Händen hält, ist die Sicherheit und Gesundheit der Menschen nicht viel wert. Was für sie zählt, ist der Profit, den sie herausschlagen können. Und dabei gehen sie auch über Leichen.

Carlos, Carillo und Co....

Fortsetzung von Seite 1

sammen mit anderen Betrügern als „Demokratische Junta" firmiert. Sie verbreiten, daß nach Francos Tod der Faschismus verschwinden und das Volk bald darauf durch Wahlen zu Freiheit und Demokratie gelangen würde. Francos Tod, behauptet Carillo in einer Erklärung, würde einem demokratischen Aufblühen der spanischen Gesellschaft gleichkommen. Revolutionärer Kampf aber wäre keineswegs notwendig. Ein bunter Strauß von revisionistischen Lügen, der das Volk vom revolutionären Kampf abhalten soll: Warte ab, vertraut nur auf die „Opposition".



Die „Opposition" ist ebenso verfault wie das Regime.

Doch es ist klar, daß der Francismus, die blutige Diktatur, die unter Franco geführt wurde, nicht das Werk dieses Verbrechers allein, sondern das Werk der faschistischen Großbourgeoisie Spaniens und ihrer Oberherren in Washington ist. Wie aber soll es nun Demokratie geben, wo die faschistische Großbourgeoisie lediglich eine neue Figur an die Spitze der Diktatur gesetzt hat? Wie soll es plötzlich Freiheit geben, wenn nach wie vor 30000 US-Soldaten in Spanien stationiert sind, die dort nicht nur die faschistische Diktatur gegen das Volk verteidigen, sondern auch die Interessen des US-Imperialismus außerhalb der Grenzen Spaniens? Carillo selbst hat immer wieder betont, daß die spanischen Revisionisten die ausländischen Verträge aufrecht erhalten wollen, das heißt nichts anderes, als daß auch sie die Vorherrschaft des US-Imperialismus, die Knechtung des Volkes verewigen wollen.

Diese angebliche „Opposition" ist in Wirklichkeit eine Opposition gegen den revolutionären Kampf des Volkes, eine Agentur der faschistischen spanischen Großbourgeoisie, die den einzig gangbaren Weg zu Freiheit und Unabhängigkeit verleumden soll: den revolutionären Sturz des faschistischen Regimes und die Verjagung der amerikanischen Oberherren. Das ist auch der Grund, warum diese angebliche „Opposition" so warmherzig von den westdeutschen Imperialisten unterstützt wird.

Doch über das Schicksal der spanischen Nation wird weder der US-Imperialismus, noch Carlos, noch die Carillo-Clique und ihre „Opposition" das letzte Wort sprechen, sondern einzig und allein das spanische Volk, das unter der Führung der FRAP und der KPSp/ML für die gewaltsame Zerschlagung des faschistischen Regimes kämpft und ungeachtet der brutalen Unterdrückung und der Opfer mutig und unbezwingbar dem Sieg entgegenschreitet.

Kurz berichtet

GARLSTEDT

Am Sonntag den 9. 11. veranstaltete die Bürgerinitiative „Rettet die Garlstedter Heide" einen Volksmarsch durch das Gebiet zum Truppenübungsplatz, gegen dessen Ausweitung und Ausbau die Bürgerinitiative kämpft.

Diesem Fußmarsch schlossen sich auch Genossen und Sympathisanten der Partei an. Der Truppenübungsplatz soll zur amerikanischen Festung auf deutschem Boden ausgebaut werden, mit fest stationierten US-Kampftruppen. Diese Festung ist gedacht als ein Teil des Stützpunktes der US-Imperialisten in der Norddeutschen Tiefebene. Sogar die Autobahn Bremen-Bremerhaven soll ausgebaut werden, um eine schnelle Verbindung mit der Küste zu schaffen, damit Nachschubwege sichergestellt sind. Dies alles gehört zu den Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten gegen die zweite, noch gefährlichere Supermacht, den russischen Sozialimperialismus.

In vielen Gesprächen mit der Bevölkerung haben die Genossen der Partei dies vor allem aufgezeigt, wobei sie sich besonders von dem Entspannungsgerede der D„K"P und von anderen bürgerlichen Parteien abgegrenzt haben, die diese Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten als reines Naturschutzproblem verharmlosten und damit den Kampf der Bevölkerung in falsche Bahnen lenken wollen. Ein großer Teil der Anwohner von Garlstedt und Umgebung, die sich an diesem Kampf beteiligen, erkennt schon heute die politischen Realitäten immer klarer, vor allem die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden rivalisierenden Supermächte.

HALLE/WERTHER

Mitte Oktober ist in Halle und Werther, zwei Städten in der Nähe von Bielefeld, die Rote Garde gegründet worden. Vor allem durch den Kampf eines Genossen in der Jugendzentrumsinitiative in Werther konnten zwei Genossen gewonnen werden und es dauerte nicht lange, da konnten zwei weitere Genossen für die Rote Garde gewonnen werden.

Der Grund für diesen Erfolg der Roten Garde liegt in der guten Arbeit der Genossen, die aktiv in die Bewegung der Jugendlichen eingegriffen haben. In den ersten vier Wochen ihrer Arbeit haben sie 100 Unterschriften für Sascha gesammelt, ein vierseitiges Flugblatt zum Kampf um Jugendzentren selbständig herausgegeben, den Verkauf des ROTEN MORGEN und der „Roten Garde" organisiert aufgenommen. Sie treffen sich regelmäßig mit ehemaligen Genossen, die 1973 einmal in der ROTEN GARDE waren, als dort bereits einmal eine ROTE GARDE bestand. Sie arbeiten in einem Jugendzentrum und in einer Jugendzentrumsinitiative mit. Die Genossen der ROTEN GARDE sagen: „Es stimmt, wenn Genosse Ernst Aust sagt, daß es gerade die Jugend ist, die vorwärtsschreitet und die einen Tatendrang zeigt. Bei uns sind es besonders die neuen Genossen, die gar nicht genug Aktivitäten entfalten können."

Als nächstes Ziel haben sich die Genossen der Roten Garde vorgenommen, einen Rote-Garde-Jugendtreff wöchentlich an einem festen Ort einzurichten, damit sie allen interessierten Jugendlichen die Ziele der Roten Garde und der KPD/ML genauer erklären können.

KARLSRUHE

Eine Leserin des ROTEN MORGEN sammelte mit großartigem Einsatz, im Geiste des proletarischen Internationalismus, für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes in Oman über 100 Medikamente im Wert von 1001 DM.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davor sind Geschenkabonnements.

Radio Tirana zum Vertrag Sowjetunion/DDR

Abkommen zwischen Herr und Vasall

Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß die Protokolle über die ,,Koordinierung der Wirtschaftspläne" zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion für die Zeitspanne 1976 bis 1980 unterzeichnet wurden. Diese und andere Abkommen, die dem jüngsten sowjetisch-ostdeutschen Vertrag folgen und ihn ergänzen werden, sind weitere Akte der Versklavung und weiteren Ausplünderung des deutschen werktätigen Volkes durch die sowjetischen Sozialimperialisten, sind ein weiterer Kniefall der ostdeutschen Revisionisten vor den Kreml-Herren.

Die Ausschriften ,,Freundschaft", ,,gegenseitige Zusammenarbeit", Gleichheit" usw., die ihre Propaganda diesen Abkommen und ihren Abkommen überhaupt anzukleben versucht, verbergen nicht, daß es ungleiche, ausbeuterische, zwischen einer imperialistischen Macht und ihren Vasallen abgeschlossene Verträge sind.

Heute mit den sowjetischen Sozialimperialisten die Pläne ,,abzustimmen", heißt: seine wirtschaftliche Entwicklung nicht den Bedingungen des eigenen Landes anzupassen, sondern den sowjetischen Wünschen und Interessen. Die oben genannten Verträge zu unterzeichnen bedeutet, daß die ostdeutsche Wirtschaft wie schon früher auch künftig nach den Interessen der Sowjetunion ausgerichtet wird. In der DDR werden die Zweige entwickelt werden, für deren Erzeugnisse sich die sowjetischen Oberherren interessieren. Die Wirtschaftsobjekte, die in dieser Zeit gebaut werden, sind praktisch Filialen der entsprechenden Betriebe in der Sowjetunion. Sie werden nicht imstande sein, eine selbständige Tätigkeit zu entfalten. Sie werden von sowjetischen Rohstoff-, Brennstoff- und anderen Materiallieferungen abhängig sein. Die bisherige Praxis der sowjetisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen bestätigt dies.

Wir weisen auf einige Tatsachen hin: Ostdeutschland ist gezwungen, aus der Sowjetunion etwa 100% des Gußeisens, 100% des Schnittholzes, 80% des Erdöls, über 90% der Baumwolle und der Phosphorminerale, über 85% des Eisenerzes, über 90% des Aluminiums und der Aluminiumerzeugnisse, über 85% des Walzstahls und 75% der Rohre, 70% des Kupfers, etwa 70% der Pflanzenöle usw. zu von der Sowjetunion aufgezwungenen Preisen zu beziehen. Dies hat jedoch die ostdeutsche Wirtschaft gezwungen, ihre Produktion nach den Interessen der sowjetischen Metropole auszurichten, da sie vollständig vom sowjetischen Rohstoff abhängig ist. Nicht selten sind die ostdeutschen Revisionisten dem Druck der sowjetischen Erdöl-, Stahl- oder anderen Warenlieferungen ausgesetzt. Im vergangenen Jahr erhöhten die Sowjets die Erdölpreise um das Zweieinhalbfache. Die Vasallenländer müssen nicht nur mit klopfendem Herzen auf das Öffnen der Hähne in Moskau warten, sondern sie müssen auch noch teuer bezahlen. Ostdeutschland zahlt dem Oberherren genauso wie alle übrigen Vasallenländer von Januar 1975 ab 37 Rubel pro Tonne Erdöl gegenüber 15 Rubel früher! Durch diese ,,Korrektur" der Preise muß Ostdeutschland 1,7 Mrd. Mark mehr für die gleiche aus der Sowjetunion früher bezogene Menge Treibstoff bezahlen.

Nicht nur das! Die Sowjetrevisionisten haben, ohne im geringsten die Interessen der ostdeutschen Wirtschaft zu berücksichtigen, einfach die Abkommen verletzt und je nach ihrem Belieben die Rohstoff- und Brennstofflieferungen gekürzt. So waren die Lieferungen für 1973 niedriger als für 1971. Bei Steinkohlenkoks sanken sie um 20%, bei Eisen um 70%, bei Wolle um 93%, bei Weizen um 35,4%. Auch die Erdöllieferungen sind gesunken und Moskau hat eine weitere Kürzung der Erdöllieferungen angekündigt. Ostdeutschland ist das Recht genommen, zahlreiche Wirtschaftszweige zu entwickeln, die auf eigenen Rohstoffquellen beruhen. Während es reiche Braunkohlenvorkommen hat, darf es gemäß den Befehlen der sowjetischen Sozialimperialisten diese nicht vollständig ausnützen und muß seine Industrie auf den Import sowjetischer Brennstoffe stützen. Im Rahmen der ,,Koordination" und ,,Spezialisierung" der Produktion hat Ostdeutschland auf die Produktion von Traktoren und Kraftfahrzeugen verzichten müssen und wird sie in der Sowjetunion kaufen.

Eine der bevorzugtesten Formen der Moskauer Oberherren, die Vasallenländer auszubeuten, besteht darin, diesen Ländern höhere Preise für die Brenn- und Rohstoffe aufzuzwingen als die, zu denen sie diese an die westlichen Länder verkauft. Aus Angaben der Sowjetunion selbst läßt sich entnehmen, daß Moskau die Rohstoffe an Ostdeutschland viel teurer verkauft als an Westdeutschland und konkret: Benzol um 180%, Koks um 80%, Eisenerz um 21%, Baumwolle um 12%. Daraus kann jeder den Schluß ziehen, daß die Revisionisten nicht ihren ostdeutschen ,,Brüdern" helfen, sondern ihren Freunden in Westdeutschland.

Und das ist nicht die einzige Tatsache. Sie helfen den Bonner Revanchisten, denn sie sind daran interessiert, sich enger mit ihnen zu verbinden, mehr mit ihnen zu kooperieren, von ihnen Kredite und technologische Unterlagen zu erhalten.

Die Wirtschaft der DDR haben die Sowjets unter ihrer Herrschaft, ihr diktieren sie die Bedingungen und die Preise, spielen mit den Hähnchen und springen mit ihr wie Oberherren um. Unter der Maske der ,,Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil" und der ,,Arbeitsteilung" zwingen die sowjetischen Sozialimperialisten die ostdeutschen Oberherren Partner in angeblich ,,gemeinsamen" Industrieobjekten zu investieren und mobilisieren so gewaltige finanzielle Mittel und die Arbeitskraft Ostdeutschlands, die die russische Bourgeoisie ausbeutet. In den letzten Jahren erreichten die ostdeutschen Investitionen, wie aus offiziellen Angaben ersichtlich ist, einen Betrag in Höhe von über 500 Mio. Mark. Ostdeutschland ist am Aufbau zahlreicher Industrieprojekte in der Sowjetunion beteiligt, die bei Beendigung Eigentum des Landes werden, so sie erbaut sind — und das trotz all der Reklame vom gegenseitigen Vorteil! Heute arbeiten an diesen Objekten 5800 Facharbeiter, die die deutsche Industrie selbst dringend brauchte.

All diese Tatsachen zeigen, daß die Abkommen zwischen der Sowjetunion und Ostdeutschland keine gerechten Abkommen sind, geschweige denn freundschaftliche und brüderliche, sondern Abkommen zwischen dem Herren und dem Vasallen. Die von der Sowjetunion Ostdeutschland aufgezwungenen Verträge sind eine weitere Vertiefung der Abhängigkeit auf allen Gebieten. Sie sind eine schwere Last für das deutsche Volk. Auch das jüngste Abkommen wird diesem Ziel dienen.

(Ein Kommentar von Radio Tirana).

Krankheiten breiten sich aus — Ausdruck des kapitalistischen Gesundheitswesens

Geschlechtskrankheiten in der DDR nehmen zu

,,Gesundheitsvorsorge" — das ist eines der Themen, die in der DDR von der revisionistischen Staatsführung stets in Reden und Artikeln breit ausgewalzt werden um vorzugeben, daß die ,,ganze Sorge dem Wohl des Volkes" gelte. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, offenbarte kürzlich die DDR-Monatszeitschrift ,,Deine Gesundheit". Der Zeitschrift zufolge ist die Zahl der Geschlechtskrankheiten in der DDR seit 1967 ständig angestiegen. Die Erkrankungen zum Beispiel an Tripper haben von 18356 im Jahre 1967 auf 40596 im Jahre 1973 zugenommen. Betroffen sind davon vor allem Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren.

Natürlich haben die Revisionisten auch dafür eine Erklärung: Verantwortlich sei dafür der Tourismus und die Antibabypille. Seit wann aber bekommt man durch die Pille Geschlechtskrankheiten? In der Tat liegen die wahren Ursachen für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten auf anderem Gebiet. In allen kapitalistischen Ländern sind die Geschlechtskrankheiten zunehmend eine Geißel der bürgerlichen Klassengesellschaft, die erst dann beseitigt werden kann, wenn die Arbeiterklasse die Herrschaft erobert. Beispiel dafür ist die Volksrepublik China, wo vor der Revolution die Geschlechtskrankheiten weit verbreitet waren und erst unter der Diktatur des Proletariats durch entsprechende Gesundheitsfürsorge und andere Maßnahmen diese Krankheiten vollständig ausgerottet werden konnten.

Auch in der DDR ist die Zunahme der Geschlechtskrankheiten Ausdruck davon, daß die Gesundheitsvorsorge für die Werktätigen ständig verschlechtert wird. Zum anderen ist es kein Zufall, daß insbesondere die Jugend durch diese Krankheiten betroffen ist: Die Revisionisten der DDR bemühen sich seit einigen Jahren immer intensiver, unter der Jugend Porno, Sex und Schund zu verbreiten, in der Hoffnung, so den Widerstand der Jugend gegen das sozialfaschistische Regime in der DDR zu brechen. Nicht zuletzt ist auch die Zunahme der Prostitution in der DDR wie in allen revisionistischen Ländern Osteuropas von Bedeutung für die Zunahme der Geschlechtskrankheiten.

Nicht Tourismus oder Antibabypille, sondern die Verkommenheit des sozialfaschistischen Regimes der Revisionisten trägt die Verantwortung für diese Entwicklung. Seine passende Ergänzung findet dies in einer Rede des ,,Präsidenten der Gesellschaft für Klinische Medizin in der DDR", Prof. Matthes, der indirekt ankündigte, daß die Gesundheitsversorgung in der DDR eingeschränkt werden soll: Er beklagte eine angebliche ,,Kostenexplosion" und meinte, es könne bald eine Grenze bei der Gesundheitsversorgung erreicht werden, die ,,gesellschaftlich und ökonomisch nicht mehr vertretbar" sei. Gesundheit der Werktätigen — ökonomisch und gesellschaftlich nicht vertretbar? Das ist die typische Auffassung der Kapitalistenklasse, wie sie in der DDR nicht anders als auch bei uns verbreitet wird.

Aus aller Welt

LAOS

Der ,,Stimme des Volkes von Laos" zufolge hat die Provisorische Regierung der Nationalen Union eine Reihe von Maßnahmen für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft beschlossen. Am 1. November wurden drei Privatbanken, darunter die ,,Laos-Kapitalbank", die von den Ultrareaktionären kontrolliert wurde, geschlossen. Die drei Branken wurden zur ,,Nationalbank von Laos" zusammengeschlossen. Am 12. November nationalisierte die Regierung, nach Konsultationen mit der französischen Regierung die von französischem Kapital beherrschte Indochinabank und wandelte sie in die nationale Außenhandelsbank um. Der Export von Bau- und Nutzholz wird in Zukunft direkt in den Händen der Regierung liegen. Die Regierung beschloß außerdem, eine staatliche Transportgesellschaft zu errichten.

Anfang November hat in allen Schulen der neubefreiten Gebiete das neue Schuljahr begonnen. Schüler und Lehrer feierten den Beginn dieses ersten Schuljahres nach der Befreiung mit großer Freude. Der Direktor der Planungsabteilung der Ministeriums für Erziehung, Kunst, Sport und Jugend, Tem Desou, erklärte anläßlich des Schulbeginns, daß das neue Schuljahr durch drei Charakteristika gekennzeichnet sei: 1. Die Lao-Sprache wird in Zukunft in allen Grund- und Sekundärschulen als Unterrichtssprache verwendet. 2. Für Lehrer und Schüler werden politische Kurse eingerichtet, in denen sie Dokumente über die gegenwärtige Lage, über die revolutionäre Politik und die aktuellen Aufgaben studieren und das bittere Leben der Vergangenheit anklagen. Sie beschäftigen sich auch damit, den Einfluß der Kolonialkultur und des westlichen Lebensstils zu beseitigen und Brachland für die Unterstützung der Landwirtschaft zu bebauen. 3. In den neu befreiten Gebieten ist es den Kindern der armen Familien vielfach erst jetzt zum ersten Mal möglich eine Schule zu besuchen. Deshalb hat sich die Zahl der Schüler bedeutend erhöht.

PALÄSTINA

Die arabischen Einwohner in den besetzten Gebieten protestieren gegen die Politik der israelischen Zionisten, die Besetzung der arabischen Gebiete zu verewigen. In Ramallah und in anderen Städten und Dörfern führten die Einwohner deshalb Protestdemonstrationen durch. Während der Demonstration kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und israelischen Polizeikräften, die brutal gegen die Demonstration vorgingen, viele verwundeten und dutzende verhafteten. Die israelischen Zionisten haben in diesen Gebieten sofort ihre Besatzertruppen verstärkt und die Zahl der Patrouillen und Straßenkontrollen erhöht.

Aus Nordpalästina wird gemeldet, daß vier Kämpfer der Palästinensischen Revolutionsstreitkräfte in dem Dorf Kfar Giladi eine kühne Attacke auf die israelischen Streitkräfte durchgeführt haben. Am 9. November stürmten die vier Kämpfer um Mitternacht ein Rastlokal der israelischen Soldaten. Sie verteilten ein Flugblatt, in dem sie erklärten, daß das arabische Volk sicher durch den bewaffneten Kampf alle besetzten Gebiete befreien wird. Zehn Stunden lang kämpften sie gegen eine erdrückende Übermacht des Feindes, der ein ganzes Infanteriebatallion und Panzer zu zerstören und dem Feind große Verluste zuzufügen, ehe sie, nachdem sie all ihre Munition verbraucht hatten, den Heldentod starben.

AZANIA

In einem Interview im ugandischen Fernsehen erklärte der gegenwärtige Präsident des Panafrikanischen Kongresses von Azania, P. Leballo, daß das Volk von Azania den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Regime fortsetzen wird und nicht daran denkt, einen ,,Dialog" mit dem Vorsterregime zu führen. Er betonte, daß der ,,Dialog", um den das Vorsterregime ständig einen großen Rummel macht, nichts anderes ist, als dem südafrikanischen Rassistenregime Zeit zu geben, seine militärischen Stellungen noch weiter zu verstärken. ,,Wir müssen aber den Feind vernichten", fügte er hinzu. Da die Supermächte eingreifen werden, um die Existenz des südafrikanischen Rassistenregimes zu verlängern", schloß er, ,,müssen wir unseren entschlossenen Kampf auf der Grundlage des Volkskrieges fortsetzen."

SÜDKOREA

Die Arbeiter, Bauern und andere Teile der Bevölkerung von Südkorea haben vor kurzem verschiedene Kämpfe für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen geführt, heißt es in Berichten aus Seoul. Die Arbeiter der Pohangwerft im Norden haben in den vergangenen Monaten mehrmals Kämpfe für die Verbesserung des Arbeitsschutzes geführt. Die Holzarbeiter im Süden verlangten, daß die Kapitalisten sofort die restlichen Löhne auszahlen sollten, die von ihnen seit dem März einfach eingehalten worden waren. Das gleiche verlangten die Fischer einer Fischfanggesellschaft in Pusan und weigerten sich, auszulaufen. Auf einer Versammlung verlangten die Busschaffnerinnen von Seoul ebenfalls die sofortige Auszahlung ihrer Löhne während die Busfahrer und -schaffner in den Langstreckenbussen mehrmals für Lohnerhöhungen kämpften, bis sie Erfolg hatten. Die Bauern in zwei Provinzen kämpften in diesem Jahr gegen die von der Pak Jung Hi-Clique festgesetzten Reisabnahmepreise, weil diese weit unter den Produktionskosten liegen. In verschiedenen Städten Südkoreas erhoben sich Tausende von Einwohnern gegen die Zwangsräumung von Wohnungen und den gewaltsamen Abriß Tausender von Wohnräumen. In einem Bezirk von Seoul demonstrierten aus diesem Grund 1500 Menschen. Sechs Stunden lang hielten sie die Marionettenpolizei in Atem, die versuchte, die Demonstration aufzulösen. An ähnlichen Demonstrationen beteiligten sich in Seoul und Masan über 7000 Menschen.

EL SALVADOR

Die Naturreichtümer El Salvadors, das in Mittelamerika liegt, sind Gegenstand wilder Plünderung durch ausländische Fischereischiffe. Es wird gemeldet, daß die der Wirtschaft El Salvadors durch die Plünderung seiner Naturvorkommen, besonders durch die Plünderung des Fischs durch sowjetische Fischereischiffe, zugefügten Verluste in die Millionen Dollar gehen. Der Kommandant der Seeflotte El Salvadors gab vor kurzem bekannt, daß die Fischereischiffe der Sowjetunion und einiger anderer Länder schwimmende Fabriken sind, die den in der 200 Seemeilenzone gefangenen Fisch sofort verarbeiten. Er erklärte, daß El Salvador entschlossen kämpfen werde, um die Tätigkeit dieser Seepiraten zu verhindern.

FINNLAND

Eine Gruppe finnischer Fischer hat am 27. Oktober eine Protestversammlung gegen die Willkürakte der russischen Sozialimperialisten durchgeführt, die in der letzten Zeit mehrfach absichtlich über die ausgelegten Netze finnischer Fischer hinweggefahren waren und den finnischen Fischern durch solche Piratenakte schwere Verluste zugefügt haben.

VR CHINA

Die ,,Mathematischen Manuskripte" von Marx wurden zum ersten Mal in chinesischer Sprache veröffentlicht, als sie kürzlich vom Volksverlag herausgegeben wurden. Die Sammlung, die von einer Redaktions- und Übersetzungsgruppe der Peking-Universität mit Unterstützung durch Forschungsgruppen aus dem Deutschen übersetzt wurde, umfaßt die meisten Thesen von Marx über Differentialintegration sowie Notizen über einfache Mathematik aus seinen mathematischen Manuskripten. Die mathematischen Manuskripte von Marx sind Teil des Schatzes marxistischer Literatur und ein glänzendes Werk, das die materialistische Dialektik auf die naturwissenschaftliche Forschung anwendet.

GRIECHENLAND

Am 17. November demonstrierten in Athen Zehntausende von Menschen gegen die Einmischung der amerikanischen Imperialisten in Griechenland. Die Demonstranten zogen vor die amerikanische Botschaft, um dort des Jahrestages der Erhebung vom 17. November 1973 zu gedenken, die die faschistische Diktatur der von den US-Imperialisten ausgehaltenen Junta erschütterte. Damals hatte die faschistische Polizei das Feuer auf die Demonstranten eröffnet, die sich in der Universität versammeln wollten. 34 Antiimperialisten wurden ermordet und Tausende verletzt.

USA/SOWJETUNION

Die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, setzen in Rivalität miteinander ihr zügelloses Wettrüsten fort. Wie die Nachrichtenagenturen melden, billigte der Haushaltsausschuß des amerikanischen Senats einen Gesetzesentwurf, der die Ausgaben von 112,5 Mrd. Dollar für Militärzwecke vorsieht. Diese Summe wird hauptsächlich für die Produktion von Raketen und neuen Flugzeugen, für den Bau neuer Flugzeugträger und die weitere Perfektionierung der Atomwaffen ausgegeben. Dazu werden eine Reihe von Versuchen mit diesen Waffengattungen durchgeführt werden. Auch die russischen Sozialimperialisten vergrößern weiter ihr Waffenarsenal. Die Versuche mit sowjetischen strategischen Raketen, die von U-Booten im Pazifik aus abgeschossen wurden und die in letzter Zeit durchgeführten unterirdischen Atombombenexplosionen sind ein neuer Beweis dafür.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT


Arbeiterkorrespondenzen


Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Kollegen kämpfen für ihren Vertrauensmann

Ich möchte euch darüber berichten, was hier bei uns an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) in einer Feinmechanischen Werkstatt vorgefallen ist: Hier versuchten die Gewerkschaftsbonzen des ÖTV-Apparates einen fortschrittlichen Arbeiter und von den Kollegen gewählten Vertrauensmann zu isolieren. Ein ÖTV-Bonze (Abteilungsvorstandsvorsitzender der ÖTV und Personalratsmitglied) erklärte den Kollegen, daß dieser aufgrund von Vorfällen in Bochum-Wattenscheid nicht mehr ihr Vertrauensmann sein könne.

In Bochum-Wattenscheid fand ein ,,ÖTV-Jugendfest" statt. Der Bonze sagt: Auf diesem ,,ÖTV-Rummel" hätte der Vertrauensmann angeblich zusammen mit anderen Kollegen durch ,,Gröhlen" die Veranstaltung gestört. Was ist wirklich hier vorgefallen? Bei der Begrüßungsansprache ging der ÖTV-Redner auf die am Vorabend hingerichteten ,,fünf Demokraten" in Spanien ein und sprach sich gegen ihre Hinrichtung aus. Darauf stimmte eine Gruppe von Kollegen, unter ihnen angeblich der fortschrittliche Vertrauensmann, Sprechchöre an: ,,Tod dem Franco-Faschismus!" ,,Franco-Mörder!" ,,FRAP, FRAP, FRAP — Guerra popular!" (Volkskrieg), hallte es durch den Saal. Ein Kollege rief noch: ,,Wenn ihr euch mit den spanischen Revolutionären angeblich solidarisiert, warum schmeißt ihr dann Kommunisten aus der Gewerkschaft raus?"

Bei den Rufen stürzten sich Schlägertrupps auf die Kollegen. Allen voran bekannte D,,K"P- und ,,S"DAJ-Schläger, die stark in der ÖTV arbeiten und hier ihre revisionistische Politik verbreiten. Die rufenden Kollegen wurden mit Polizeigriffen aus dem Saal befördert. Weitere Leute im Saal protestierten gegen diese offensichtliche politische Unterdrückung auf einer Gewerkschaftsveranstaltung.

Der ÖTV-Bonze erklärte nun, daß niemand Vertrauensmann sein könne, der sich nicht von der oppositionellen Betriebsgruppe in der ÖTV an der RUB und von Parteien und Gruppierungen wie KPD/ML, KPD und KBW distanziere. Dazu komme noch, daß sich ihr Vertrauensmann privat mit Leuten treffe, die Mitglieder der KPD/ML wären. Diese Aussagen zeigen, daß Kollegen bis in ihr Privatleben bespitzelt werden.

In einer weiteren Diskussion sagte der Gewerkschaftsbonze dann offen zu den Kollegen, daß er laut Satzung der ÖTV das Recht habe, die Funktion eines gewählten Vertrauensmannes einzuschränken, auch wenn die Kollegen, die ihn gewählt haben, anderer Meinung sind, und er von diesem Recht jetzt Gebrauch machen werde.

Gegen dieses Vorgehen des Gewerkschaftsapparates und seiner Bonzen wandten sich die Kollegen des Vertrauensmannes geschlossen in einer Protestresolution. Außerdem erklärten sie, daß er weiterhin ihr Vertrauensmann bleibe, ob es den Gewerkschaftsfunktionären nun paßt oder nicht.

Genossen, ich meine das zeigt, daß die Illusionen, die die Kollegen noch von dem Gewerkschaftsapparat haben, schnell verschwinden, daß der Widerstand gegen den Gewerkschaftsapparat wächst und daß es unabdingbar ist, gegenüber dem imperialistischen Gewerkschaftsapparat, diesem Handlanger des Kapitals, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition — RGO — aufzubauen.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum.

Betriebszeitung unter Tage ausgelegt

Brennendstes Problem der Bergleute ist der Angriff auf ihre Lebenslage durch die Feierschichten. 10 Feierschichten bedeuten 500 DM Verlust durchschnittlich. Außerdem können während dieser Zeit (Dezember bis März) keine Überschichten gemacht werden, was bei ca. 30% der Belegschaft zu weiteren Lohneinbußen und Verlust von fest eingeplantem Geld führt.

Die Forderung nach voller Bezahlung der Feierschichten, die von der Zelle aufgestellt wurde, fand breite Unterstützung. So wurde die Betriebszeitung an mehreren Betriebspunkten unter Tage von Kollegen selbständig ausgelegt und blieb dort über eine Woche lang liegen. Dagegen landete die Zeitung der D,,K"P stapelweise im Papierkorb.

Genossen von Zeche General Blumenthal.

,,Laßt euch keine Flugblätter oder Zeitungen wegnehmen"

Letztens haben wir mit dem Werkschutz schlimme Erfahrungen gemacht. Als ich am letzten Montag den ROTEN MORGEN vor dem Haupttor in Gaarden kaufte, sprach der Wachhund mich an: ,,He, junger Mann, warte mal!" Ich hab ihm was geschissen und bin weitergegangen. Ein anderer Kollege von mir kaufte ebenfalls den ROTEN MORGEN. Der Wächter ging auf ihn zu, doch er war schneller. Es ist anzunehmen, daß er den Werftausweis kontrollieren wollte, um zu sehen, wer den ROTEN MORGEN kauft!

Ein anderes Beispiel, das mir ein Kollege erzählte: Ein Arbeiter nahm kein Flugblatt mit den Worten: ,,Nee, nee, laß mal." Mein Kollege sprach ihn an, warum er das Blatt nicht haben wollte. Er sagte, er könne es sich nicht erlauben, er sei erst kurze Zeit auf der Werft und ihm sei erzählt worden, daß, wer Flugblätter nimmt, immer gleich registriert werde.

Schon im Sommer hatte der Werkschutz kurz vor 6 Uhr versucht, einige Flugblätter zu kriegen, nach der letzten Betriebsversammlung stand so ein Wachhund direkt am Tor und versuchte, die Blätter so wieder einzusammeln wie sie verteilt wurden. Doch er hatte nur wenig Erfolg.

Wir möchten unseren Brief mit dem Aufruf an alle Kollegen enden: Laßt euch keine Flugblätter oder Zeitungen wegnehmen! Ihr bekommt sie draußen geschenkt und das darf euch kein Wachmann wieder abnehmen.

2 Kollegen von der Werft

,,Gib' mal einen Stoß Zeitungen!"

Neulich ging unser Verteiler beim Verteilen der Betriebszeitung aufs Werksgelände, um den Kollegen, die auf den Werksbus warteten, die Betriebszeitung zu geben. Ein Pförtner stellte sich ihm in den Weg und drohte: ,,Runter vom Werksgelände! Ich hol' die Kripo, dann bist du weg vom Fenster!"

Nach einer kurzen Kontroverse, die Polizeistaatsmethode entlarvte, kam ein Kollege aus der wartenden Gruppe der Kollegen und ließ sich eine Betriebszeitung geben. Der Genosse zog sich dann auf seinen ursprünglichen Standort zurück. Als dann der volle Bus dort vorbeikam, hielt er, der Busfahrer kurbelte das Fenster runter und sagte: ,,Gib' mal einen Stoß Zeitungen!" Der Genosse reichte einen Stoß hoch und unsere Betriebszeitung wurde im Bus verteilt.

Rot Front und Glück auf! Zelle General Blumenthal, Recklinghausen.

Empörung und Proteste gegen Lohnraubabschluss

Letzte Woche wurde in der Stahlindustrie der 5%-Lohnraubabschluß von der IGM-Führung mit aktiver Unterstützung der D,,K"P-Verräter gegen die Stahlarbeiter durchgesetzt. Im folgenden drucken wir Berichte aus einzelnen Betrieben über die Reaktion der Kollegen und den Aktivitäten der Partei ab.

August-Thyssen-Hütte

,,Nächstes Jahr gibt es drei Prozent und eine Tafel Schokolade", sagten Kollegen polemisch über den Lohnraubabschluß der IGM. Die Kollegen waren empört, als sie von diesem Abschluß hörten, noch am Freitag hatten sie, ca. 7000, für höheren Lohn demonstriert und die Straße am Tor 1 besetzt. Die Stimmung im Betrieb war gespannt. Vertrauensleute, die es wagten, den Lohnraubabschluß zu verteidigen, wurden heftig von den Arbeitern angegriffen und verspottet.



In einem Betrieb fand gegen Schichtende nach Abschluß des Tarifbetrugs eine erregte Diskussion statt. Gemeinsam riefen die Kollegen beim Betriebsrat an, um ihre Wut und Empörung auszudrücken. Der Betriebsrat war aber nicht zu erreichen. Die Kollegen gingen daraufhin gemeinsam mit den Kollegen der beginnenden Mittagsschicht zum Betriebsratsgebäude. Dort stellten sie den Betriebsratsvorsitzenden und Kannengießer, der Mitglied im Vorstand des Vertrauensleutekörpers ist und gleichzeitig Vorsitzender des Ortsvereins der SPD. Unter dem Vorwand eines Telefongesprächs verzogen sie sich, als sie merkten, daß sie auf ihre übliche Tour die Kollegen nicht beruhigen konnten. Die Arbeiter verlangten am nächsten Morgen sofort eine Abteilungsversammlung. Doch der Betriebsrat ließ sich nicht sehen.

Bereits am Sonntagabend verteilte die Partei vor dem Tor bei ATH ein Flugblatt. Am Montag in der Früh wurde weiterverteilt. Als die Kollegen morgens ins Werk gingen, konnten sie an einigen Stellen Parolen gegen den Abschluß lesen. Kundgebungen in Hamborn am Tor 6 und in Ruhrort/Meiderich am Tor 8 wurden abgehalten. Über Megaphon hielt ein Genosse der Partei eine Rede, in der er den DGB-Apparat und die D,,K"P-Verräter angriff und die RGO propagierte. Die Kollegen waren sehr aufgeschlossen, viele hörten sich die Rede an.

Der Werkschutz versuchte die Genossen aus dem Pförtnerhaus heraus zu fotographieren, im Dienste der Kapitalisten und ihrer politischen Polizei. Als der Wagen der Partei mit dem AP-Material wegfuhr, wurde er vom Werkschutz verfolgt, der den Wagen auch zu stoppen versuchte, was ihm aber nicht gelang.

In ihrem Flugblatt schreiben die Genossen: ,,Das große Tarif-Schattenboxen ist vorbei. (...) Dieser Gewerkschaftsapparat bekämpft uns und nicht das Kapital. Wir aber brauchen eine gewerkschaftliche Organisation, die den Kampf unversöhnlich führt, die nicht mit Staat und Kapital paktiert. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ist die Organisation, die wir brauchen, denn nur mit dem Ziel vor Augen, den Kapitalismus in der gewaltsamen proletarischen Revolution zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen, werden wir im Kampf Klasse gegen Klasse entscheidende Erfolge erzielen."

Mannesmann-Huckingen

,,Nieder mit dem 5%-Lohnraubabschluß! Revolutionärer Klassenkampf! KPD/ML" So lauteten Parolen, die noch in der Nacht von Samstag auf Sonntag nach Abschluß des Tarifbetrugs an den vier wichtigsten Stellen im Betrieb gemalt wurden, an denen fast alle Kollegen vorbeikamen. Auch draußen am Betrieb prangerten Parolen den Tarifabschluß an.

Die Kollegen waren sauer über diesen Betrug. Als am Sonntagmittag bereits das erste Flugblatt der Partei verteilt wurde, sagte ein Kollege zu einem Verteiler, man müsse die Gewerkschaftsbonzen am Tor 1 aufhängen. Im Betrieb meinten einige Kollegen ,,auf uns bleibt es doch immer hängen, das hätten sie mal in England oder Frankreich machen sollen, da wären die Brocken geflogen." ,,Sicher, da ist Streik eigentlich die richtige Antwort, da hast Du recht, aber wie?", sagten ein paar Kollegen zu einem Genossen.



Die Genossen der Partei führten auch am Sonntag bereits die erste Kundgebung am Tor 1 durch. Über Megaphon sprach ein Genosse. Die IGM-Bonzen, die zur gleichen Zeit ihre Tarifnachrichten verteilten, waren schwer sauer, da sie mitanhören mußten, wie sie entlarvt wurden. Der Genosse sprach über die Notwendigkeit, den Aufbau der RGO voranzutreiben, gegen den Gewerkschaftsapparat und die Verräter der D,,K"P-Revisionisten. In ihrem Flugblatt schreiben die Genossen von Mannesmann: Zur Ausplünderung der Werktätigen, uns das Maul zu stopfen und das Fell über die Ohren zu ziehen. (...) Ja, Kollege, das ist Arbeiterverrat. Hier zeigt sich, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen, der IGM-Apparat und die Lakaien des Kapitals wie die D,,K"P. Den gekauften und selbsternannten ,,Arbeitervertretern" müssen wir unsere Entschlossenheit entgegensetzen und den Kampf revolutionär führen.

Hoesch

Auch bei Hoesch in Dortmund wurde bereits am Sonntagabend das erste Flugblatt gegen den Tarifbetrug der IGM-Führer und der D,,K"P-Verräter verteilt. Am Montag verteilten die Genossen weiter und führten eine Kundgebung durch. Dazu hatten sie bereits eine Stelltafel angefertigt. In der Rede verurteilten die Genossen diesen Tarifbetrug, prangerten die D,,K"P-Verräter und die DGB-Führer als gefährliche Feinde der Arbeiterklasse an, gegen die der Kampf geführt werden und die RGO aufgebaut werden muß.

STÄHLERNE FAUST
Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe

Viele Kollegen sahen, daß man sich diesen Angriff des IGM-Apparates nicht gefallen lassen darf, ,,aber wie bekommt man die Kollegen unter einen Hut", fragten viele. Die Genossen erklärten den Kollegen die Notwendigkeit, daß wir uns zusammenschließen müssen in der RGO und uns unser Kampfinstrument aufbauen müssen. Einige Kollegen sagten zuversichtlich ,,Es geht alles, wenn der Arbeiter es will." Erste Erfolge zeigen sich auch schon darin, daß sich mehrere Kollegen von Hoesch zu einer Gruppe zusammengeschlossen haben.

Klöckner

Am Montagmorgen verteilten die Genossen bei Klöckner ein Flugblatt, in dem sie den Lohnraubabschluß anprangerten. Die Kollegen sind empört. Viele sagten aber: ,,Hast Du denn was anderes erwartet? Das stand doch schon vorher fest." Besonders empört waren sie über die gleichzeitig bekannt gewordene Absicht der Bonner Parlamentarier, sich die Diäten um 60% zu erhöhen. ,,Da müßte man dazwischenhauen", sagte ein Kollege.

ANGRIFF-EXTRA
KPD/ML - ROTE GARDE

Der KBW versuchte, Unterschriften im Betrieb unter ein Telegramm an die Tarifkommission zu sammeln. Darin sollte die Tarifkommission aufgefordert werden, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. ,,Die wischen sich doch damit den Hintern ab. Das schmeißen die sofort in den Papierkorb", meinten viele.

Viele Gespräche unter den Kollegen drehten sich an diesem Tage auch um Streik. Die Kollegen erinnerten sich an den Streik 1969. ,,Damals war was los. Da waren sich alle einig." Ein anderer Kollege sagte zum Streik: ,,Wenn, dann muß das organisiert sein." ,,Hier alleine anfangen bringt gar nichts. Da müssen alle Kumpels mitmachen, von Süden bis Norden." Bei allen Gesprächen zeigte sich, die Arbeiter wollen eine Kampforganisation. Zu den DGB-Bonzen sagten viele ,,Das sind doch selber Kapitalisten." Die Genossen der Partei propagierten den Aufbau der RGO. ,,5% = Lohnraub! Die RGO muß her! KPD/ML", so lautete eine große Parole an der Toreinfahrt zu Klöckner. In ihrem Flugblatt schreiben die Genossen: ,,Die RGO, das ist unsere Kampforganisation, die wir brauchen, die nicht mit den Verrätern zusammenarbeitet, sondern unversöhnlich für unsere Interessen kämpft. (...) Und die RGO wird sich nicht auf einen ständigen Abwehrkampf gegen die Angriffe des Kapitals beschränken, denn der führt nicht aus der Unterdrückung, aus dem Kapitalismus heraus. Die RGO wird darüber hinaus den Kampf gegen das ganze kapitalistische System aufnehmen. In diesem Sinne haben sich bereits einige Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge im Arbeiterkomitee Klöckner zusammengeschlossen."

Von diesem Arbeiterkomitee wurde ein Kleber gegen den Tarifbetrug für den Aufbau der RGO angefertigt und im Betrieb geklebt.

Krupp und Stahlwerke Bochum

Auch bei Krupp in Bochum und den Stahlwerken Bochum wurde am Montag und am Dienstag früh ein Flugblatt von den Genossen verteilt. Noch kurz vor dem Tarifabschluß haben ca. 900 Kollegen bei den Stahlwerken und Hunderte Krupp-Arbeiter gegen die 5%-Provokation protestiert.



Die IGM-Bonzen und D,,K"P-Verräter nutzten aber die Aktionen aus, um die Kampfbereitschaft verpuffen zu lassen. Am IGM-Gewerkschaftslokal neben dem IGM-Haus wurde eine große Parole gegen den Tarifbetrug gemalt.

Erfahrungen aus der Stahltarifrunde

Den RGO-Aufbau vorantreiben

Die Berichte über die Reaktionen der Kollegen auf den Lohnraubabschluß in den verschiedenen Stahlbetrieben zeigen, wie der Haß der Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat gewachsen ist, daß sie bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen und nach einer revolutionären Organisierung verlangen.

Der IGM-Apparat hat sich deutlich als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse erwiesen. Gemeinsam mit den D,,K"P-Verrätern haben die Gewerkschaftsführer diesen Lohnraub durchgesetzt. Die Politik der Klassenversöhnung, wie die Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der Kapitalisten, wie es die DGB-Führer propagieren, nützt einzig und allein den Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter. Die Klasse der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten lassen sich niemals versöhnen.

Die einzig richtige Konsequenz aus den Erfahrungen dieser Stahltarifrunde ist, den Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) verstärkt voranzutreiben.

In einigen Betrieben haben sich bereits mehrere Kollegen mit Genossen der Partei zusammengeschlossen, um revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu leisten. So haben sich z.B. bei Hoesch einige Kollegen mit Genossen der Partei zu einer Gruppe zusammengeschlossen. Wie uns ein Genosse von Hoesch berichtete, hat die Betriebszelle während der Arbeit zu den Betriebsratswahlen verschiedene Kollegen kennengelernt. Darüberhinaus kannten die Genossen einige der Kollegen schon länger. Gemeinsam mit den Kollegen und den Sympathisanten der Partei haben sie ein Treffen vereinbart. Seitdem treffen sie sich regelmäßig, wie es auch von den Kollegen selbst gewünscht wurde. Viele der Kollegen haben die Notwendigkeit der revolutionären Organisierung der Arbeiterklasse erkannt. In ihren Abteilungen haben sie gegen den Gewerkschaftsapparat, für die revolutionäre Organisierung der Arbeiter geworben und versucht, neue Kollegen für die Gruppe zu gewinnen. Diese Kollegen haben damit die Initiative ergriffen, bei Hoesch eine RGO-Gruppe im Betrieb aufzubauen.

Auch bei Klöckner in Bremen haben sich einige Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge mit Genossen der Partei zusammengeschlossen, um für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter bei Klöckner gegen den DGB-Apparat und die D,,K"P-Verräter zu kämpfen.

Einige der Kollegen haben sich vor der Betriebsratswahl getroffen und sich auf einer revolutionären Liste zur Wahl gestellt. Obwohl die D,,K"P-Verräter es geschafft haben, die Wahl der Kollegen zu verhindern, haben die Kollegen ihren Kampf weitergeführt. Jetzt, zu der Stahltarifrunde, haben sie einen Aufkleber für den Betrieb angefertigt und geklebt, auf dem es heißt:

,,Der IGM-Apparat und die DKP-SPD-Clique im Betriebsrat unterstützen in der Tarifrunde den Lohnraub. Sie stehen im Lager unserer Ausbeuter. Kämpfen wir gemeinsam selbständig gegen Spaltung — für lineare Lonerhöhungen! Vorwärts zum Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!(RGO) Arbeiterkomitee Klöckner"

In Zukunft wollen die Kollegen sich mehr öffentlich an die Klöckner-Arbeiter wenden, um mehr Kollegen zu gewinnen. Deshalb geben sie auch in den nächsten Tagen einen Aufruf heraus, in dem sie den Arbeitern erklären, was sie wollen. Ihr Ziel ist es, den Aufbau der RGO aktiv voranzutreiben, um der Arbeiterklasse ihr notwendiges Kampfinstrument zu schaffen, damit sich die Arbeiter einerseits erfolgreich gegen die Angriffe der Kapitalisten wehren können, darüberhinaus sagen sie aber auch, wie sie in ihrer Wahlvorstellung gemacht haben: ,,Eine bessere Arbeitswelt ohne Kurzarbeit, Massenentlassungen und Stress können wir nur im Sozialismus erreichen, wo wir das Sagen haben." Und dafür ist die revolutionäre Organisierung der Arbeiterklasse eine unabdingbare Voraussetzung, denn der ständige Abwehrkampf gegen die Angriffe des Kapitals, der zwar notwendig ist, ändert nichts daran, daß wir ständig weiter und schärfer ausgebeutet werden.

Auch in anderen Betrieben haben sich Kollegen gegen den Gewerkschaftsapparat zusammengeschlossen, und es ist die Aufgabe der Kommunisten, die Kollegen aktiv zu unterstützen und die Linie des revolutionären Klassenkampfes dort hineinzutragen, darum zu kämpfen, daß sich diese Gruppen zu RGO-Gruppen an dem jeweiligen Betrieb entwickeln und so die Initiativen zum Aufbau der RGO voranzutreiben. Wichtig ist, daß sich die Kollegen eine Grundlage ihrer Arbeit schaffen, wie es die Klöckner-Kollegen vorhaben, damit jeder Kollege weiß, was die Gruppe für Ziele hat und daß ein klarer Trennungsstrich zu der Politik der Klassenversöhnung gezogen wird.

Die Erfahrungen aus der Stahltarifrunde zeigen uns auch, daß wir unsere Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften verstärken müssen. Viele Kollegen sagten spontan aus Empörung, daß sie aus der Gewerkschaft austreten würden. Doch das ist eine falsche Konsequenz. Wir müssen in den Gewerkschaften darum kämpfen, daß wir die Kollegen, die zu Millionen dort organisiert sind, im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat gewinnen.

Kreislaufbeschwerden durch Schwerstarbeit

Berufskrank erst mit Staublunge

Im Kapitalismus muß man als Arbeiter jeden Tag damit rechnen, daß sie einen zum Krüppel machen und dann abschieben.

Mein Cousin arbeitet auf der Zeche in Essen. Er ist 35 Jahre alt und hat eine Familie mit drei Kindern. Er arbeitet seit seiner Lehrzeit dort und bedient seit einigen Jahren eine Kohlenschramme, die er alleine unter Tage fährt. Diese hochtechnische Maschine ersetzt viele Arbeiter. Dadurch, daß sie mehr Kohle fördert macht sie erheblich mehr Staub, der mit Wasser gelöscht wird. Dazu kommt die Hitze unter Tage bis ca. 40°. Man kann sich das als Landpommeranze sicher nur schwer vorstellen, was das heißt. Feuchte Luft mit Kohlendreck vermengt, schweißgebadet und mit den Stiefeln im Wasser.

Seit über einem Jahr hat mein Cousin immer häufiger Kreislaufbeschwerden, die ihm die Arbeit zur Hölle werden lassen. Immer häufiger muß er krankfeiern, weil es einfach nicht mehr geht. Aufhören geht nicht, denn in der Krise findet man keinen gleichwertigen Job und die Familie rechnet mit dem Geld und den Kohlen, die man umsonst kriegt. Umsetzen über Tage heißt auch Arbeitswechsel mit Lohnausfall. Außerdem gibt es günstige Stellen über Tage nur mit triftigen Gründen und das heißt auf deutsch: Erst wenn sie Dich kaputtgekriegt haben, denn vorgebeugt wird nicht. Deshalb hat sich mein Cousin an den Vertrauensarzt gewandt, ob seine Kreislaufbeschwerden nicht als Berufskrankheit anerkannt würden. Im Bergbau — und auch sonst — gibt es Kreislaufbeschwerden aber nicht als Berufskrankheit, allerhöchstens bei Raumfahrern. Der Bergmann muß erst eine Staublunge haben, um berufsunfähig zu werden.

Mein Cousin wollte sich allerdings nicht gleich abwimmeln lassen und hat sich von einem neutralen Arzt ein Gutachten erstellen lassen, daß die Kreislaufbeschwerden von der Arbeit unter Tage herrühren — abgelehnt. Kreislaufbeschwerden bezeichnet man als eine organische Schwäche — einer hats, der andere hats nicht. Sie können zwar von den Arbeitsbedingungen herrühren, doch mein Cousin ist eben besonders anfällig. Das hätte man allerdings bei der Einstellung merken müssen oder vor mehreren Jahren. Aber das ist die Logik der kapitalistischen Medizin bzw. der Versicherungsanstalten für Bergarbeiter.

Nun hat sich mein Cousin aus eigener Tasche (100 DM) ein Gutachten über seine Lunge anfertigen lassen müssen, um feststellen zu lassen, daß er 20% Staublunge hat. Und das, obwohl die Arbeitsmediziner immer prahlen, daß die Vorbeugung gegen Staublunge so vorbildlich ist und immer besser wird, dabei ist es immer noch die häufigste Berufskrankheit, abgesehen von nichtanerkannten Krankheiten in der Chemieindustrie. Summa sumarum — Kreislaufbeschwerden, Staublunge und seit kurzer Zeit auch noch starke Hauterkrankungen an den Füßen, da die Haut in den Stiefeln keine Luft bekommt und am Ende nagst Du noch am Hungertuch. 20 Jahre Schweiß und Schwerarbeit, das ist der Lohn des Kapitalismus, 2/5 eines Arbeiterlebens, wenn man davon ausgeht, daß man die Rente noch erlebt.

Viele fallen dann auch noch darauf herein, daß behauptet wird, man würde ja als Facharbeiter oder für Schwerarbeit besser bezahlt. Ein anderer Cousin von mir ist graduierten Ingenieur und hat als Anfangslohn schon das Vierfache von dem, was mein Cousin unter Tage verdient. Ist das vielleicht die ausgleichende Gerechtigkeit dieses Systems? Viele sagen dann auch noch: Er muß ja nicht unter Tage arbeiten, es zwingt ihn ja keiner dazu — wenn er aber soviel Geld verdienen will, dann muß er den Rest eben in Kauf nehmen. Das ist blanker Zynismus, denn unsere Knochen müssen wir überall hinhalten, ausgepreßt werden wir überall und wenn er nicht die Kohle fördert, dann muß es ein anderer tun. Doch muß man bei solcher Arbeit regelmäßig untersucht werden, ab und zu bei gleichem Lohn umgesetzt werden und im Krankheitsfall auch einmal für mehrere Wochen einer gründlichen Kur unterzogen werden.

Für diese primitiven Rechte müssen wir uns allerdings erst den Sozialismus erkämpfen, wie in China und Albanien, wo derartige Ausbeutung abgeschafft ist. Mein Cousin ist zwar noch nicht auf diesem Weg, doch schreibe ich mich mit ihm und werde versuchen, daß ihn Genossen der ROTEN HILFE einmal besuchen und ihn bei seinem Kampf, um die Anerkennung seiner Berufskrankheit unterstützen. Vor allem muß man die Kapitalisten dazu zwingen die Widereinstellung seiner Gesundheit soweit möglich sofort in die Wege zu leiten. Meine Verwandtschaft ist sehr empört über diesen Fall, und wir werden alle versuchen ihn zu unterstützen.

Rot Front! Ein Genosse aus Berlin

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Betriebszeitung der KPD/Marxisten-Leninisten bei Dräger

Was macht Drägers Personalchef auf der Kirchenkanzel?

Seit einiger Zeit haben wir einen neuen Pfarrer in Lübeck, zu dessen Gemeinde bislang 400 Schäfchen zählten. Um seinen Wirkungskreis aber noch zu vergrößern, betrat er neulich die heiligen Hallen des Doms, um seinem Amtsbruder, Pastor Groß, etwas unter die heiligen Arme zu helfen.

Dieser neue Pfarrer ist bei uns allgemein unter ,,Henschel" bekannt. Manchmal trifft man ihn auch im Personalbüro an, denn dort ist er nebenberuflich auch noch als Personalchef tätig. Die Kirche ,,feierte" am 12. Oktober den ,,Tag des ausländischen Mitbürgers", und Henschel mitten mang dabei!

Besser konnte auch die Kirche nicht zeigen, wie sie es tatsächlich mit diesem Tag meint. Natürlich läßt sie nicht einen ausländischen Kollegen reden oder z. B. einen türkischen Arbeiter, der den Streik bei Ford in Köln mitgemacht hat und von der Polizei zusammengeschlagen wurde. Nein, was Pfaffe Henschel da von der Kanzel predigte, paßte schon ganz gut zur Kirche. Er erzählte beispielsweise: ,,Die Ausländer können bei uns solche Dinge Hygiene und Sauberkeit lernen, was man ihnen nicht nachsagt." Vielleicht dachte Henschel dabei an die zigtausend Wohnbaracken, in denen viele ausländische Kollegen leben müssen. Nicht selten sind mehr als 5 Mann in einem Zimmer — jeder hat ein Bett und ein kleines Schränkchen. Dafür knöpft ihnen dann das Werk auch noch monatlich 50 DM und mehr pro Person ab.

Henschel erzählte auch, die Ausländer würden bei uns die Ruhe und Ordnung und ganz besonders unsere Rechtsordnung schätzen. Darauf wollen wir im folgenden etwas genauer eingehen, denn was wird denn tatsächlich durch diese Rechtsordnung aus den ausländischen Kollegen gemacht?



Henschel am Sonntag



Henschel am Werktag

MENSCHEN ZWEITER KLASSE!

Schon 1965 hieß es im reaktionären Ausländergesetz der Bonner ,,Demokratie": ,,Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte, wie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland." (Durchführungsverordnung zu § 6, Ausländergesetz).

Und so steht es weiter und wurde schon tausendmal in der Praxis durchgeführt:

Ausweisung wegen verbotener politischer Betätigung ,,erfolgt beispielsweise bei Agitation in den Betrieben der Wirtschaft und Industrie (z. B. Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Arbeits- und Betriebsfriedens)" (Ausländergesetz, Kommentar von Kanain, S. 76).

Bereits das ,,alte Gesetz" garantierte den Kapitalisten die ungehinderte Ausbeutung der ausländischen Kollegen:

,,Bei längerer Krankheit kann die Aufenthaltserlaubnis versagt werden, weil der Zweck des Aufenthalts, nämlich die Arbeitnehmertätigkeit und damit die Hilfe für die deutsche Wirtschaft nicht mehr vorliegt". (Kommentar zu § 5, von Wissmann, Chef der Westberliner Ausländerpolizei).

Das waren die ,,alten" Gesetze. Die weitere Verschärfung dieser Gesetze wurde notwendig, weil die ausländischen Arbeiter und Studenten die verschärfte Ausbeutung und politische Unterdrückung und Verfolgung nicht mehr länger mitmachten. Sie wurde notwendig für die Bourgeoisie, weil gerade die ausländischen Arbeiter an vorderster Front mit den deutschen Kollegen gegen die Ausbeuter kämpften, wie z. B. 1971 bei den großen Streiks in der Chemie- und Metallbranche.

Eine weitere Verschärfung brachte das sogenannte ,,Querschnittsgesetz", wonach das Vereins- und Versammlungsrecht verändert wird. Z. B. kann ein spanischer Kollege jederzeit schon dann ausgewiesen und den Folterknechten Francos ausgeliefert werden, wenn er Franco einen Mörder nennt. Nicht nur bei ,,Beleidigung und Beschimpfung ausländischer Staatsoberhäupter", sondern auch ,,bei Gefährdung der auswärtigen Belange der BRD" kann Ausweisung erfolgen, also kann jeder jederzeit ausgeliefert werden, wenn es die Herren Franco (bzw. Juan Carlos), Schah Pahlewi usw. ,,wünschen". Nach dem neuen Vereinsgesetz muß jede Ausländerorganisation ihre Mitgliederlisten abliefern. Ferner: Jede öffentlich angekündigte Versammlung (also z. B. auch eine angezeigte Familienfeier), an der mehr als 3 (!) Personen teilnehmen, soll nach dem neuen Gesetz genehmigungspflichtig sein und jederzeit aufgelöst werden können, selbst dann, wenn ,,nach dem Willen der Veranstalter (die auch Deutsche sein können) Ausländer an der Veranstaltung teilnehmen sollen." Was heißt das? Das heißt, daß bei jeder Streikversammlung von deutschen Kollegen, bei jeder Demonstration, zu der von deutschen Organisationen aufgerufen wird, diese Versammlung und Demonstration sofort von der Polizei ,,aufgelöst" werden kann, wenn mehr als drei Ausländer daran teilnehmen! Hier wird offen ausgesprochen, daß das Ausländergesetz auch als Waffe zur direkten Unterdrükkung der deutschen Arbeiterklasse und ihren Organisationen verwandt werden soll.

Was diese Ausländergesetze praktisch bedeuten, sieht man auch am Fall unseres Genossen Sascha. Gemeinsam mit der KPD/ML demonstrierte er 1972 bei der Olympiade gegen den imperialistischen Krieg. Wegen der Teilnahme an der militanten Atkion wurde er zu 18 Monaten Gefännis verurteilt. Doch das sollte für Sasche erst der Anfang sein. Die Tatsache, daß Saschas Vater Perser ist, wurde zum Vorwand genommen, um ihn an das faschistische persische Regime auszuliefern. (Obwohl er seit seiner Geburt in München lebt, eine deutsche Mutter hat und kein Wort persisch spricht). Darum lebt Sascha seit 1 1/2 Jahren hier in der Illegalität, und wir kämpfen weiterhin gegen den geplanten Schreibtischmord, für die Einbürgerung Saschas.

Das sind die Tatsachen dieser Rechtsordnung, die Henschel so in den Himmel lobt. Unsere Antwort heißt: **Nieder mit den reaktionären Ausländergesetzen! Kampf jeder Ausweisung! Kampf der Bespitzelung! Kampf allen Spaltungsversuchen! Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Kampffront!**

Revisionistisches

BÄNKE GESTOHLEN UND DEMOLIERT

Unter dieser Überschrift berichtet die Ostberliner ,,BZ am Abend'' vom 5. 11., daß im Treptower Park ,,allzuviele Bänke mutwillig zerstört werden. Allein im 1. Halbjahr mußten 7500 Mark für gestohlene oder demolierte Bänke abgebucht, seit Jahresbeginn 471 Bänke ausgewechselt werden'. Setzen wir statt ,,Treptower Park'' ,,Englischer Garten'', so könnte dieser Bericht über jugendliches Rowdytum genauso gut aus einer Münchner Zeitung stammen. Die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung bei uns im Westen, die der Jugend keine sinnvolle Zukunft bieten kann, treibt bei uns immer häufiger Jugendliche dazu, ihrem Protest gegen das kapitalistische System in Akten sinnloser Zerstörung Luft zu machen. Und dasselbe geschieht heute in der DDR, wo eine neue Bourgeoisie die kapitalistischen Verhältnisse wiedererrichtet hat. — Dieses Rowdytum ist das genaue Gegenteil zum Verhalten der Menschen in einem sozialistischen Land wie China. Dort sind die Gemeinschaftseinrichtungen kollektives Eigentum, auf das jeder stolz ist und das er vor Zerstörung schützt.

ARBEITER EINGESPERRT

Ein Kollege, der auf den chemischen Werken Hüls (CWH) arbeitet, erzählte folgende Sache:

Vor einigen Wochen kam über den Lippe-Seitenkanal ein DDR-Schiff zur CWH nach Marl, um dort AS-3, ein Grundprodukt für Schmierseife zu laden. Der Kollege wollte die Gelegenheit benutzen, um mit den Arbeitern des Schiffes zu reden. Daraufhin sperrte der Kapitän des Schiffes die Besatzung unter Deck ein und verbot ihm, das Schiff zu betreten.

Das ist ein kleines Beispiel über das System in der DDR, aber es zeigt eine ganze Menge, nämlich daß sich die DDR in ein Gefängnis für die Arbeiter und Werktätigen verwandelt hat.

BIBEL AUF D,,K''P-STAND

Auf dem Sonnenwall in Duisburg hatte die D,,K''P vor kurzem zur Aktion ,,Solidarität mit den hungernden Kindern in Chile'' einen Stand aufgebaut. Ein Genosse verkaufte dort den ROTEN MORGEN, und als er sich den Stand anschaute, entdeckte er mitten auf dem Tisch die ,,Heilige Schrift'', eins der reaktionärsten Bücher, neben amerikanischen Kitschromanen wie Jerry Cotton usw. Als er in dem Plunder wühlt, um zu sehen, was die D,,K''P noch alles für die ,,Solidarität'' mit den hungernden Kindern in Chile verkauft, entdeckt er auf einmal die vier Köpfe der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die Köpfe von Karl Marx, Engels, Lenin und Stalin auf einem Buch von Franz Mehring.

Einerseits verscherbeln sie die übelsten, reaktionärsten Schriften und verbreiten solche reaktionären bürgerlichen Ideologien unter der Bevölkerung im Namen der Solidarität und des Kommunismus, die jeder fortschrittliche Mensch ablehnt. Gleichzeitig mischen sie auch noch revolutionäre Literatur unter diesen Schund. Das zeigt doch, welche Bedeutung revolutionäre Literatur und die Begründer des Marxismus-Leninismus für die D,,K''P haben. Die D,,K''P steht auf dem Boden des Verrats und der Verfälschung des Marxismus-Leninismus.

Als der Genosse vor den Augen der Bevölkerung die Unverschämtheit der D,,K''P enthüllt, zeigt die D,,K''P auch gleichzeitig ihren sozialfaschistischen Charakter. Ein D,,K''P-Schläger tritt auf den Genossen zu, packt ihn an der Jacke und zischt: ,,Wir machen dich fertig. Hier sind jetzt zu viele Leute, aber wir kriegen dich noch.'' Einige D,,K''P-Frauen kreischen dazu noch: ,,Wir holen die Polizei!''

Dieser Vorfall zeigt, welche Angst die D,,K''P davor hat, daß die Bevölkerung ihren Betrug durchschaut.

Lehrer Groos zum 2. Mal entlassen

Eltern fordern erneut Wiedereinstellung

Zum zweiten Mal ist Horst Groos, Lehrer in Sondelfingen bei Reutlingen und Mitglied der KPD/ML, entlassen worden. So schnell will die Schulbehörde ihn los sein, daß ihn der Rektor in einer Arztpraxis während der Behandlung anruft, um ihm seine Entlassung zu verkünden. Zuvor hatte bereits das Gericht eine gleiche Eile bei der Vorbereitung dieser Entlassung an den Tag gelegt: Am 1. 10. mußte H. G. beim Gericht eine Begründung für seinen Einspruch gegen die Entlassung abgeben. Gegen 15.30 Uhr — also kurz vor Dienstschluß — reichte er seine ausführliche, 21 Seiten umfassende Schrift ein. Am 2. 10. wurde dann im Schnellverfahren das Urteil gegen ihn gefällt. Aber es konnte nicht in Kraft treten, denn — die Begründung fehlte noch. Am 10. 10. war dann die Begründung da und ließ den Schulrektor unverzüglich zum Telefon greifen. Zu dieser Eile sieht sich der bürgerliche Staatsapparat angetrieben wegen der großen Unterstützung, den der Kampf gegen die Berufsverbote überall bei Schülern, Eltern und fortschrittlichen Lehrern findet.

Als Horst Groos seinen Schülern von der Entlassung berichtet, kleben bald in der Schule an den Schultüren Plakate, die fordern, daß Horst Groos Lehrer bleiben muß. Handgeschriebene Zettel werden in die Briefkästen in Sondelfingen gesteckt, an den Bushaltestellen kleben ebenfalls Plakate. Der Rektor versucht die Schüler einzuschüchern, geht in die Klasse, will wissen, wer das gemacht hat, erntet aber Schweigen, droht der Klasse mit Nachsitzen, aber auch dies nützt nichts. Stattdessen besuchen einige Schüler etwa eine Woche später Horst Groos zu Hause.

Die Eltern fordern einen Elternabend mit dem Rektor und Horst Groos. Sie wollen sich ein Bild machen, wollen wissen, wie es mit ihren Kindern weitergeht. Die Schulbürokratie tut alles, um die Empörung der Eltern zu dämpfen. Die Klasse von Horst Groos erhält sofort eine neue Lehrerin, eine Maßnahme, die sonst nie möglich ist. An derselben Schule hat eine andere Klasse seit 11/2 Jahren keinen Klassenlehrer. Trotzdem haben von den 17 Eltern, die vom ,,Komitee gegen die Berufsverbote'' in einem Ortsteil besucht wurden, 5 mit ihrer Unterschrift gegen die Entlassung protestiert, 10 kauften eine Dokumentation gegen die Berufsverbote. In einem anderen Stadtteil unterschrieben von 10 Eltern 5 und 3 kauften die Dokumentation.

Als wenige Tage nach der Entlassung in Reutlingen und Tübingen eine Personalversammlung der Lehrer (zu vergleichen mit einer Betriebsversammlung) stattfand, verteilte die KPD/ML ein Flugblatt. Es kamen mehrere hundert Lehrer aus einem Gebiet von 60 km Entfernung. Die Flugblätter reichten nicht und gingen von Hand zu Hand. Ein Kollege, der kein Flugblatt erhielt, schrieb an Horst Groos, bat um ein Flugblatt und legte mit solidarischen Grüßen für die entstandenen Unkosten 10 DM bei.

Schon im April dieses Jahres war Horst Groos fristlos entlassen worden. Aufgrund des Kampfes der Partei, der RHD und des ,,Komitees gegen die Berufsverbote'', aufgrund breitester Proteste aus der Bevölkerung mußte die Entlassung rückgängig gemacht werden.

Der entscheidende Grund für die Eile der Schulbehörde aber ist, daß es ihnen immer weniger gelingt, den Eltern einen kommunistischen Lehrer als Gefahr für das Wohl ihrer Kinder hinzustellen. Im Gegenteil haben alle Eltern und Schüler von Groos ehemaliger Klasse seine Weiterbeschäftigung aufgrund ihrer guten Erfahrung mit seinem Unterricht gefordert, obwohl sie wußten, daß er presserechtlich Verantwortlicher für die KPD/ML in Reutlingen ist und am Trauerzug für den von der Polizei ermordeten Genossen Günter Routhier teilgenommen hat und ihm deswegen vom Staat die ,,Befähigung zum Lehrerberuf'' abgesprochen wird.

Im Gegensatz zu den Eltern kämpft die Gewerkschaft GEW aktiv für das Berufsverbot von Revolutionären und Kommunisten. Die GEW in Baden Württemberg versucht zwar, ihre Mitglieder in dem Glauben zu wiegen, daß sie jedem vom Berufsverbot betroffenen Mitglied Rechtsschutz gewährt. Aber sie verschweigt, daß sie eben Mitglieder, wie Lehrer Groos, mit der gleichen Begründung und gleichen Eile, mit der der Staat das Berufsverbot ausgesprochen hat, aus der Gewerkschaft ausschließt.

In einem anderen Fall, am Beispiel des Bremer Lehrers Jürgen Janz, zeigt sich, daß dabei gerade die modernen Revisionisten von der D,,K''P die treibende Kraft sind. Dem kommunistischen Lehrer Janz hatte die Schulbehörde Haus- und Unterrichtsverbot erteilt. Um an den Sitzungen seiner GEW-Betriebsgruppe in der Schule teilnehmen zu können, mußte er jedesmal bei der Schulbehörde um Aufhebung des Hausverbotes ersuchen. Nach zweimaliger Erlaubnis wurde sein Antrag abgelehnt mit dem Hinweis, die Leitung der Betriebsgruppe, die in den Händen von SPD und D,,K''P-Mitgliedern liegt, habe der Schulleitung zu verstehen gegeben, daß sie an einer Ausnahmeerlaubnis für Janz nicht interessiert sei.

Die modernen Revisionisten von der D,,K''P, die ein lautes Geschrei gegen die Berufsverbote gegen Kommunisten erheben, wenn Mitglieder ihrer entarteten, scheinkommunistischen Partei davon betroffen sind, sind aber völlig damit einverstanden, wenn sie sich gegen die wahren Kommunisten und Revolutionäre richten und versuchen, den revolutionären Kampf gegen die Berufsverbote zu verhindern.

Als in Bremen das revolutionäre Schülerkomitee zu einer Demonstration gegen das Berufsverbot ihres Lehrers Janz und gegen den faschistischen Polizeieinsatz an ihrer Schule aufrief, rief die Oberschülerorganisation der D,,K''P, SSB, zur gleichen Zeit zu einer Schülerversammlung auf, wo angeblich die Schulleitung wegen des von ihr veranlaßten Polizeieinsatzes Rede und Antwort stehen würde ... Mit solchen Spaltungsversuchen und ihren radikalen Sprüchen leisten sie dem bürgerlichen Staatsapparat beste Dienste bei der Durchsetzung des Berufsverbotes gegen Kommunisten und Revolutionäre.

Aber die 45 Bremer Schüler, die trotz dieser Manöver an der Demonstration teilnahmen, haben erkannt, daß die Berufsverbote Teil der faschistischen Maßnahmen sind, mit denen der bürgerliche Staatsapparat die reaktionäre Erziehung der Kinder und Jugendlichen garantieren, und nicht ein Rede und Antwortspiel mit den Organen des Staatsapparates, sondern nur der Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat bringt die Berufsverbote zu Fall!

Nieder mit den Berufsverboten gegen Kommunisten und Revolutionäre! Jürgen Janz und Horst Groos müssen Lehrer bleiben!

Saschakampagne

Erneute Provokation des Ausländeramtes

Bei seinem Versuch, Sascha Haschemi die Einbürgerung zu verweigern, um ihn dem faschistischen Schah-Regime auszuliefern, hat sich das Ausländeramt München eine neue Unverschämtheit geleistet. Auf die Frage von Saschas Mutter, ob endlich sein beglaubigter Antrag bei der Abteilung für Staatsangehörigkeit eingegangen sei, wurde ihr jede Auskunft verweigert und sinngemäß gesagt, was sie überhaupt mit Saschas Angelegenheiten zu tun habe.

Während das Ausländeramt immer wieder in seine Trickkiste greift, um die Bestätigung zu verzögern, verdreht die bürgerliche Presse die Gründe für die Verweigerung. Unter der Überschrift: ,,Warum Sascha Haschemi nicht zu einem deutschen Paß kommt'', schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 11. mit Bezug auf die Presseerklärung der Partei: ,,Sascha sei zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden und das nur wegen ,Teilnahme an einer Demonstration', zu einer Strafe mithin, die anzutreten ihm nicht zugemutet werden könne.'' In der Presseerklärung hatte die Partei dagegen ausdrücklich betont, daß Sascha sofort zum Strafantritt bereit sei, wenn er einen deutschen Paß bekomme.

Totschweigen oder Lügen und Verdrehungen, das sind die Methoden, mit denen die bürgerliche Presse ,,informiert'', wenn es sich um das Leben eines Kommunisten handelt. Die Antwort, warum Sascha nicht zu einem Paß kommt, ist: weil die Bourgeoisie den Kommunismus fürchtet. Aber entweder Sascha bekommt den Paß oder die Bourgeoisie bekommt Sascha nicht!

Die Machenschaften des Münchner Ausländeramtes stoßen überall auf große Empörung, wo die Genossen der Partei, der Roten Garde und der Roten Hilfe Deutschlands in Flugblättern, Wandzeitungen und Unterschriftensammlungen den Kampf für die Einbürgerung Saschas führen. Die Genossen der Roten Garde in Halle/Werther in der Nähe von Bielefeld konnten so schon in den ersten vier Wochen ihrer Arbeit über einhundert Unterschriften für die sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha sammeln.

Die Protesterklärungen, die die Partei an verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschickt hat, wurden seit der letzten Veröffentlichung noch von folgenden Personen unterschrieben:

L. Rinser, Schriftstellerin; AStA Fachhochschule Darmstadt; M. v. Tottau; V. Schlöndorff, Filmproduzenten; H. Thiele, Musiker; F. Müller, Kaufmann; E. Merker; W. Richartz, Schriftsteller; E. Eberle, Stadtrat; W. Polke, Fachhochschullehrer; AStA Hochschule für Politik München; Immendorff, Kunstmaler; H. Hannover, Rechtsanwalt; M. Zimmermann, Rechtsanwalt; Dr. R. Lettau, Professor; H. v. Cramer, Schriftsteller; H. Kampmann, Pastor; Thomas, Oberstudienrätin; G. Trowe, Schauspielerin; G. Flint, Rechtsanwalt; Trikont-Verlag; P. Michelsen, Journalist; J. Moosdorf, Schriftstellerin; A. Metzig, Journalist; E. de Bary, Schriftstellerin; R. Turinsky, Betriebsrat; H. Bauman, Designer; R. H. Foerster, Schriftsteller; L. Horn, Rechtsanwalt; Dr. K. H. Descher, Schriftsteller; Ch. Meckel, Schriftsteller; R. Hagelstange, Schriftsteller; K. Noack, Buchhändlerin.

Vom Aufbau des Sozialismus

30 JAHRE PARTEIHOCHSCHULE ,,W. I. LENIN''

Am 8. November feierten die Studenten und Lehrkräfte der Parteihochschule ,,Wladimir Iljitsch Lenin'' in Tirana mit revolutionärer Begeisterung das 30. Jubiläum ihrer Schule, die sofort nach der Befreiung Albaniens vom ZK der Partei und unter unmittelbarer Anleitung des Genossen Enver Hoxha gegründet worden war. Zu diesem Fest waren Genossen des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und weitere Genossen erschienen. Nach der Festansprache, die der stellvertretende Direktor der Parteihochschule hielt, überbrachte unter dem Beifallssturm der Anwesenden das Mitglied des Politbüros des ZK der PAA und Vorsitzende des Ministerrats der VR Albanien, Genosse Mehmet Shehu, im Namen des ZK der PAA und des geliebten Führers der Partei und des albanischen Volkes, des Genossen Enver Hoxha persönlich den Studenten und Lehrkräften die flammendsten Grüße und die besten Glückwünsche zum 30. Gründungstag der Schule und zum großen Festtag des albanischen Volkes, dem 34. Gründungstag der PAA. Genosse Mehmet Shehu wies auf die große Arbeit hin, die die Schule bei der revolutionären marxistisch-leninistischen Erziehung der Kommunisten, bei der immer besseren Aneignung der Lehren der Partei und der Werke des Genossen Enver Hoxha in Albanien geleistet hat.

Er betonte die Weisung des Genossen Enver Hoxha, daß die Erziehung der Kader fest auf der Theorie des Marxismus-Leninismus, den Lehren der großen Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin und auf den Lehren der PAA beruhen muß. ,,Die 34 Jahre der PAA'', sagte Genosse Mehmet Shehu, ,,sind eine revolutionäre Schule, sie sind voller lebendiger Lehren bei der revolutionären schöpferischen Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie unter den konkreten Bedingungen Albaniens.'' Weiter ging Genosse Mehmet Shehu auf die Lehren ein, die aus der bitteren Erfahrung der Vorgänge in der Sowjetunion gezogen werden müssen, da die Sowjetunion als erstes sozialistisches Land in der Welt von den modernen Revisionisten in einen sozialimperialistischen Staat verwandelt worden ist. Er sagte dazu, daß eine Ursache dafür, daß die Errungenschaften der Oktoberrevolution in der Sowjetunion und den anderen ehemals sozialistischen Ländern gestürzt wurden, darin bestand, daß es an einer wirklich revolutionären marxistisch-leninistischen Erziehung mangelte. Dies führte dazu, daß die Kader entarteten, sich von den Massen absonderten, nach persönlichen Interessen strebten und diese über das Allgemeininteresse stellten, daß der Bürokratismus und Liberalismus blühten und gediehen und sich dadurch die privilegierte Schicht der neuen Bourgeoisie mit revisionistischen ideologischen Auffassungen heranbildete. Genosse Mehmet Shehu hob hervor, daß die Partei in den 34 Jahren sich Zahn um Zahn mit den inneren und äußeren Feinden, mit den beiden Supermächten auseinandergesetzt, ihre Pläne zu Schutt und Asche gemacht hat. Die PAA hat diese Erfolge erzielt, da sie stets eine korrekte marxistisch-leninistische und konsequente Linie gehabt, ihre führende Rolle in allen Instanzen der Partei gesichert, ununterbrochen die Diktatur des Proletariats durch die Entfaltung und Vertiefung des Klassenkampfes gestärkt und gestählt, die Einheit des Denkens und Handelns der Kommunisten wie einen Augapfel gehütet und sich von Anfang an auf die Grundlage ihrer Politik, die Grundlage ihrer Generallinie, auf die Massen des Volkes, auf die Anwendung der Massenlinie gestützt hat.

Fortsetzung von Seite 1

minister der Länder wurde zum ersten Mal über ein solches Gesetz beraten. Im November 1974 hatte die Bundesregierung ihren entsprechenden Gesetzesentwurf fix und fertig. Sie schickte ihn mit dem Vermerk „besonders eilbedürftig" an den Bundesrat zur Stellungnahme. Im Dezember 1974 war dieser Gesetzesentwurf zum ersten Mal im Bundestag. Nach Auskunft der Pressestelle des Bundesjustizministeriums kann er ab 9. Dezember in der zweiten und dritten Lesung im Bundestag beraten und beschlossen werden. Die Zustimmung durch den Bundesrat braucht dieses Gesetz nicht.

Wenn kaum einer von diesem Gesetz etwas weiß, dann liegt das nicht daran, daß die Werktätigen die falsche Zeitung lesen, dann liegt das auch nicht daran, daß sie zu wenig politisch interessiert sind. Sondern das liegt allein daran, daß sie von diesem Gesetz nichts wissen sollten!

Alle Bundestagsabgeordneten, egal von welcher Partei sie sind, haben sich an diesen Auftrag, das Volk zu hintergehen, gehalten! Oder hat man von irgendeinem der „Volksvertreter" der CDU/CSU, der SPD oder der FDP gehört, daß er gesagt hätte: Hier wird ein Gesetz gemacht, das dem Volk den Mund verbieten soll, da halte ich es für meine Pflicht, meine Wähler wenigstens darüber zu informieren? Oder hat etwa auch nur einer der rund 200 DGB-Mitglieder im Bundestag sein Maul aufgemacht? Nein, das haben sie nicht getan. Und es ist heute schon sicher: Sie werden dem Gesetz auch zustimmen. Genauso wie sie den Notstandsgesetzen zugestimmt haben!

Der Kommunismus soll ausgeschaltet werden!

„Befürwortung von Gewalttaten", darunter stellt man sich irgendwelche Verbrechen vor. Welcher normale Werktätige glaubt schon, mit einem solchen Gesetz in Konflikt kommen zu können?

Tatsächlich sind im neuen Paragraphen 126, der die Androhung von Straftaten verbietet, auch Mord und Raubüberfall u. ä. verboten. An erster Stelle der Straftaten aber steht der „Landfriedensbruch".

Was ist Landfriedensbruch?

Wegen „Landfriedensbruch" wurden zum Beispiel Arbeiter angeklagt, die sich am Ford-Streik 1973 beteiligt hatten; wegen „Landfriedensbruch" erhielt ein Arbeiter, der 1973 am Streik bei Hella beteiligt war, ein halbes Jahr Gefängnisstrafe; wegen „Landfriedensbruch" wurden Jugendliche in Nordhorn angeklagt und im Umkreis von Wyhl; wegen „Landfriedensbruch" sitzen 4 junge Kommunisten im Gefängnis, die sich an der Demonstration gegen den imperialistischen Krieg in München 1972 beteiligt haben.

Jetzt, mit dem neuen Gesetz, sollen nicht nur Streiks, Demonstrationen usw. mit Polizei- und Justizterror unterdrückt, sondern gleichzeitig die Berichterstattung über diese Kämpfe, jede öffentliche Diskussion über sie unterbunden werden.

Im neugeschaffenen Paragraphen 130 a heißt es:

„§ 130 a
Befürwortung von Straftaten;
Anleitung zu Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die die Befürwortung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen **Taten oder die Anleitung** zu einer solchen Tat **enthält und bestimmt** sowie nach den Umständen **geeignet ist, die Bereitschaft** anderer zu fördern, **solche Taten zu** begehen,

1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 oder 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

1. die Begehung einer der in § 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 genannten rechtswidrigen Taten befürwortet oder
2. zu einer solchen Tat eine Anleitung gibt,

um die Bereitschaft anderer zu fördern, solche Taten zu begehen."

Was heißt das?

Man braucht sich nur ein Ereignis wie den Streik bei Ford oder den Kampf der Bevölkerung in Wyhl vorzustellen, wenn dieses Gesetz in Kraft ist. Natürlich haben vor dem Streik bei Ford Arbeiter „öffentlich oder in einer Versammlung" dazu aufgerufen, diesen Streik durchzuführen; natürlich haben sie auch „öffentlich oder auf einer Versammlung" Anleitungen dazu gegeben, wie man ihn durchführt, daß man z. B. Streikposten braucht. Natürlich hat zum Beispiel auch unsere Partei diesen Streik der Ford-Arbeiter in Flugblättern und auch im ROTEN MORGEN gutgeheißen und ihn unterstützt. Arbeiter in anderen Betrieben haben davon gehört und „öffentlich" darüber diskutiert. Und ein Arbeiter, der wegen der Teilnahme an einem solchen Streik einen Prozeß bekommt, kann sich natürlich nur verteidigen, wenn er seine Handlungsweise befürwortet. Sonst kann er ja gleich sagen, er ist „schuldig". Oder die Journalisten in Presse, Funk und Fernsehen. Es wurde viel gehetzt damals. Aber es gab auch einzelne Journalisten, die den Streik für richtig hielten. Ihre Beiträge wurden veröffentlicht. Das heißt, die Zeitung mit ihrem Artikel wurde gedruckt, verkauft usw.

Das alles scheint selbstverständlich. Aber mit dem neuen Gesetz der Bundesregierung kann es verboten werden!

Die Regierung weiß, daß immer mehr Menschen spontan für solche Kampfmaßnahmen eintreten. Sie kennt die Empörung, die unter den Werktätigen über die immer neuen Angriffe auf ihre Lebenslage herrscht, sehr gut. So wird in der Begründung der Bundesregierung auf „die Fülle von Unmutsäußerungen oder Kraftausdrücken" hingewiesen, „die der besonderen Situation in politischen Versammlungen, bei Demonstrationen oder Streiks entspringen. Die Verfolgung solcher Äußerungen würde die Strafverfolgungsorgane überfordern.

Was heißt das anderes als: Wenn man auch in Zukunft noch ungestraft seinem Ärger Luft machen kann, dann nicht wegen der „freiheitlich-demokratischen Ordnung". Nein, sondern allein deshalb, weil die „Strafverfolgungsorgane" sonst „überfordert" werden, weil auch die westdeutschen Imperialisten nicht die Mehrheit des Volkes einsperren können.

Das Gesetz wird vorläufig vor allem gegen die Kommunisten angewandt werden, die aus Überzeugung für den revolutionären Klassenkampf und die sozialistische Revolution eintreten.

Schon jetzt hat die Verfolgung der Kommunisten und anderer Revolutionäre in Westdeutschland und Westberlin ein Ausmaß erreicht, von dem sich viele nur schwer ein Bild machen können. Die Zahl der Arbeiter, die manchmal nach mehrjähriger Tätigkeit in einem Betrieb allein aufgrund ihrer kommunistischen Gesinnung entlassen werden, geht in die Hunderte. Keiner, der sich zur Notwendigkeit der bewaffneten Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats bekannt, kann heute noch Lehrer werden. Der ROTE MORGEN, der über die Kämpfe der Werktätigen berichtet und den Kommunismus propagiert, ist die meistverbotene Zeitung in der Bundesrepublik. Aber auch Zeitungen anderer revolutionärer Organisationen, wie die „Rote Fahne" der GRF (KPD) oder die „Kommunistische Volkszeitung" des KBW werden mit Strafbefehlen eingedeckt, die zusammengenommen weit über 100000 DM ausmachen.

Die Bundesregierung sagt, es gibt keine politische Verfolgung und wird auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes keine geben. Bloß wer Gewaltverbrechen befürworte, mache sich strafbar.

Tatsache aber ist, daß der Verleger des ROTEN MORGEN, Gernot Schubert, zum Beispiel eine Anklage erhalten hat, weil der ROTE MORGEN anläßlich der Neujahrsansprache von Bundeskanzler Schmidt schrieb:

„Und Schmidt kündigte sogar direkt an, daß die Lohnraubpolitik fortgesetzt werden soll, daß der Bonner Kapitalistenstaat weiterhin alles versuchen wird, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen." Es hat in diesem Fall gereicht „Bonner Kapitalistenstaat zu schreiben, um sich strafbar zu machen, weil dadurch angeblich die Bundesrepublik beschimpft und verächtlich gemacht wird.

Mit Inkrafttreten des von der Bundesregierung geplanten Gesetzes wird sich diese Verfolgung erheblich verschärfen. Die Begründung für diesen Gesetzesentwurf richtet sich direkt gegen den Marxismus-Leninismus.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, nicht nur Streiks, Demonstrationen und andere Kämpfe zu unterstützen, sondern gleichzeitig wissenschaftlich den Nutzen und die Notwendigkeit der Revolution für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu beweisen. Dagegen vorzugehen bietet der neue Paragraph 130 a für die Bourgeoisie eine Handhabe. Aber nicht nur Schriften der Partei, sondern auch die Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung passen durchaus in die Kategorie von „Verbrechen", die die Bundesregierung beschreibt als „an den Intellekt gerichtete, scheinbar wissenschaftliche Abhandlungen über die Notwendigkeit, zur Erreichung bestimmter Ziele auch strafbare Handlungen zu begehen", wobei eine „Befürwortung von Gewalt" vorliegt, „wenn diese (Gewalt) als begrüßenswert oder auch nur als notwendig oder unvermeidlich dargestellt wird." Oder, wenn die „Propagierung der Gewalt so formuliert ist, als handele es sich um eine theoretische Abhandlung über den Ablauf von Revolutionen und der dabei anzuwendenden Methoden".

Bereits jetzt läuft in Köln ein Prozeß, bei dem die Staatsanwaltschaft den bloßen Besitz von Schriften Lenins und Mao Tsetungs über den Partisanenkampf als Indiz für die Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" betrachtet.

Und das Ganze gilt nicht nur für Schriften, sondern auch für Reden, die öffentlich oder auf einer Versammlung gehalten werden.

Ausgenommen von der Strafverfolgung ist allein „ältere Literatur, die sich auf eine Situation bezieht, die mit den heutigen Verhältnissen nicht zu vergleichen ist."

Mit „älterer Literatur" sind zweifellos vor allem die Schriften von Marx, Engels und Lenin gemeint. Daß sie — jedenfalls vorerst — erlaubt bleiben sollen, ist als Schützenhilfe für die D„K"P zu verstehen. Die D„K"P beruft sich ja bekanntlich auch auf diese Klassiker und nennt sich auch unter Berufung auf sie „kommunistische" Partei. Aber sie denkt nicht daran, ihre Lehren zu propagieren. Sondern sie mißbraucht diese Klassiker, die sie verfälscht, gerade dazu, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen davon abzuhalten, die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu erkennen. Sie mißbraucht sie dazu, um die Arbeiterklasse ideologisch, politisch und organisatorisch zu entwaffnen und so dem Faschismus den Weg zu bereiten. Und weil die D„K"P-Revisionisten natürlich schwerer als Agentur der Kapitalisten zu durchschauen sind, wenn sie ihre „UZ" mit Lenin-Zitaten spicken, deshalb bleibt die „ältere Literatur" vorerst erlaubt.

Während die D„K"P also nichts zu befürchten hat, läuft der Paragraph 130 a darauf hinaus, die Verbreitung des Marxismus-Leninismus zu verbieten. Das bedeutet gleichzeitig einen schweren Angriff auf die KPD/ML, auch wenn sie selbst nicht verboten wird.

Denn es gibt die Kommunistische Partei ja nicht deshalb, damit einige Leute, die sich Kommunisten nennen, in ihren Wohnzimmern vor sich hindenken. Es gibt sie, weil die Arbeiterklasse eine Partei braucht, die ihre Kämpfe leitet und führt, die die Massen dazu erzieht, daß sie in der sozialistischen Revolution den kapitalistischen Staat stürzen und die unter ihrer Führung die Diktatur des Proletariats errichten. Wenn aber diese praktische Tätigkeit, wenn die Agitation und Propaganda der Partei verboten ist, dann ist es mit der Legalität der Partei nicht mehr weit her.

Die Bundesregierung stellt in der Begründung ihres Gesetzesentwurfes gleichzeitig fest, daß nicht alle „Befürwortung von Gewalt" verboten werden kann. So heißt es:

„Als Anleitung in diesem Sinne (zu Straftaten — RM) können beispielsweise Mordschilderungen in Kriminalromanen ebenso empfunden werden wie wissenschaftliche Ausführungen über die Wirkungsweise von Sprengstoffen oder Giften. In beiden Fällen scheidet aber ein strafrechtliches Einschreiten aus."

Warum? Darüber verliert die Bundesregierung kein Wort. Aber es gibt nur eine Erklärung dafür: Die Bourgeoisie, die immer wieder ihre Sorge um den „Schutz des Bürgers" herauskehrt, läßt es kalt, daß Tag für Tag Hunderte von Jugendlichen und Erwachsenen durch detaillierteste Schilderung von Morden, Raubüberfällen usw. zu Straftaten verführt werden. Es läßt sie kalt, wenn man sich bald auf den Straßen, in U-Bahnen, in nächtlichen Parks usw. seines Lebens nicht mehr sicher ist. **Ihre Sorge gilt nicht der Verbrechensbekämpfung, sondern der Bekämpfung ausschließlich der revolutionären Gewalt. Denn ihre Sorge gilt nicht dem „Schutz des Bürgers", sondern allein der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht.**

Und dazu wendet sie selbst immer mehr, immer skrupelloser und brutaler Gewalt an. Mehr als 300 Menschen wurden seit Gründung der Bundesrepublik von der Polizei erschossen! Keiner der fraglichen Polizisten wurde bestraft. Im Gegenteil, jetzt soll ein Gesetz beschlossen werden, daß den „Todesschuß" ausdrücklich erlaubt. Wie sieht es denn aus auf den Straßen? In manchen Gegenden fühlt sich die Bevölkerung so sehr von den „Ordnungshütern" bedroht, die in Zivil oder in Uniform über Passanten herfallen, daß sich z. B. in Bonn bereits eine Bürgerinitiative gegen die Polizei gebildet hat. Oder bei Demonstrationen. Daß einzelne Demonstranten von 4, 5 Polizisten zusammengeschlagen werden, gehört schon zur Tagesordnung. Immer häufiger aber auch geht die Polizei mit Knüppel und Tränengas gegen Passanten, Frauen, kleine Kinder und alte Leute vor. Diese Gewalt ist erlaubt, für die Anwendung dieser Gewalt werden die Täter gelobt!

Erlaubt ist es auch, wenn „Bild" die Polizisten aufhetzt, mit Demonstranten nicht so viel „Fisimatenten" zu machen. „Demokratisch" ist es, wenn zum Beispiel Bundeskanzler Schmidt im Frühjahr in einer Regierungserklärung aufforderte, die „Terroristen" auszumerzen und ein CDU-Politiker aufrief, den „Terroristen" die Buden auszuräuchern.

Mit einem Wort: Die Bourgeoisie ist nicht gegen jede Gewalt. Sie ist für die Gewalt, die ihr nützt. Und sie ist dafür, daß das Volk nicht zurückschlägt, sondern sich duckt.

Tod dem Faschismus!

Aber das Volk ist keine Herde von Schafen, die geduldig auf den Schlächter wartet. Und die Kommunisten sind nicht diejenigen, die empfehlen, auch noch die linke Backe hinzuhalten, wenn man auf die rechte geschlagen wird.

Wenn die Bourgeoisie auch so tut, als liege es nur an einigen „Gewaltpredigern", daß es heute in der Bundesrepublik nicht mehr so ruhig ist wie noch vor 10 Jahren, so zeigt die Erfahrung, daß das nicht stimmt. In einer Gesellschaft, in der die eine Klasse, die Arbeiterklasse den Reichtum schafft und die andere Klasse, die Kapitalistenklasse, sich diesen Reichtum aneignet, ihn auf deutsch gesagt, stiehlt; in der die einen immer reicher und die anderen immer ärmer werden, gibt es keinen dauerhaften Frieden. Es gibt immer Kampf. Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Kampf zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Und es entsteht mit Notwendigkeit eine revolutionäre Situation, in der die Herrschenden nicht mehr so herrschen könne wie bisher und eie breiten Massen nicht mehr so leben können und wollen wie bisher. Das war im Mai 1968 in Frankreich der Fall. Das war auch in der deutschen Geschichte schon mehrmals der Fall.

Natürlich haben wir heute noch keine revolutionäre Situation. Aber wenn heute sogar die Bundestagsabgeordneten schon mit Pistolen in der Tasche herumlaufen, wenn Polizisten mit Kampfgas gegen kleine Kinder vorgehen, die nichts anderes wollen, als ihren Spielplatz — dann zeigt das, wie nervös, wie bange die Bourgeoisie heute bereits ist. Deutschland ist eben keine Insel im weltweiten Meer des Klassenkampfes. Und gerade die Siege der Völker Indochinas haben gezeigt, wer heute auf dem Vormarsch ist.

So ist es zu erklären, daß die Bourgeoisie die Faschisierung ihres Staatsapparates in raschem Tempo vorantreibt — auch wenn bei uns im Vergleich zu anderen Ländern die Wogen des Klassenkampfes noch nicht so hoch schlagen. Die Bourgeoisie bereitet die Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur vor. Daran lassen die Notstandsgesetze und das neue Gesetz der Bundesregierung keinen Zweifel.

Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Not und dazu einen Platz im Gefängnis für jeden, der aufmuckt. Und über allem die Schatten eines neuen drohenden Weltkrieges. Das ist die Zukunft, die uns der Kapitalismus zu bieten hat.

Aber es ist nicht die Zukunft, die wir wollen! Es gibt eine Alternative: den Sozialismus. Nicht den sogenannten Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR, der in Wirklichkeit ein Gefängnis mit einem sozialistischen Aushängeschild ist. Unsere Vorbilder heißen China und Albanien. Was wir wollen, ist ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland mit sicheren Arbeitsplätzen, Freiheit und Demokratie für alle Werktätigen. Für diese Zukunft kämpfen wir Kommunisten — allerdings mit Gewalt! Denn anders als durch die bewaffnete Revolution läßt sich dieses Ziel nicht erreichen, läßt sich die Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur nicht verhindern! Und keine Macht der Welt wird uns hindern, immer mehr Werktätige für diesen gemeinsamen Kampf zu gewinnen — auch nicht das neue Gesetz der Regierung!

Weg mit dem neuen Gesetz!

Werktätige, dieses neue Gesetz, das die Regierung klammheimlich hinter verschlossenen Türen beschlossen hat, ist der schärfste Angriff auf unsere Rechte seit den Notstandsgesetzen. Nach dem Willen der Regierung soll es noch vor Weihnachten verabschiedet werden. Nur der breite Protest aus der Bevölkerung kann das verhindern. Diskutiert über dieses Gesetz mit Euren Kollegen! Sprecht mit Euren Verwandten und Freunden darüber! Reiht Euch ein in die Demonstrationen gegen dieses Gesetz! Besucht die Protestversammlungen der KPD/ML!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DORTMUND

Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat gegen das Urteil in dem ROTER-MORGEN-Prozeß gegen die Genossen Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN und Dieter Stoll, ehemaliger presserechtlich Verantwortlicher, Berufung eingelegt, um eine höhere Strafe zu erreichen. Die beiden Genossen waren im Juli zu 750 bzw. 700 DM Geldstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft begründet ihre Berufung ausdrücklich damit, daß ,,beide Angeklagte nicht nur nicht von ihren Äußerungen abgerückt" sind, ,,sondern sich vielmehr voll zu ihnen bekannt" haben. Der Staatsanwalt scheut sich sogar nicht, einen Beweisantrag, den Genosse Dieter Stoll während der Hauptverhandlung stellte, um zu beweisen, daß es sich bei dem Überfall der Polizei auf den ,,Trauerzug tatsächlich um ,,faschistischen Terror" und ,,Gestapomethoden dieses Polizeistaates" gehandelt hat, als Begründung für eine höhere Strafe anzuführen.

DORTMUND

In dem Prozeß gegen den Genossen Michael B., der von einem Wittener Schöffengericht zu 900 DM Geldstrafe verurteilt worden war, weil er vor Siemens/Witten ein Flugblatt mit ,,beleidigenden" Äußerungen gegen die bürgerliche Klassenjustiz verteilt haben soll, liegt jetzt die schriftliche Urteilsbegründung vor. Darin gibt das Gericht offen zu, daß es keinen Beweis dafür hat, daß Michael das Flugblatt tatsächlich verteilt hat. In der Urteilsbegründung heißt es dazu: **,,... kann als Ergebnis der Hauptverhandlung nicht ausgeschlossen werden, daß ... der Angeklagte an dem hier zur Entscheidung stehenden Tag nur den ‚Roten Morgen' und nicht auch das Extrablatt verteilt hat.**" Um Michael dennoch verurteilen zu können, stützte sich das bürgerliche Klassengericht einzig und allein auf seine bekannte kommunistische Gesinnung und wartete mit einigen haarsträubenden ,,Begründungen" auf, wie: er habe zur Verteilung des Flugblattes ein ,,enges Verhältnis" gehabt und einen ,,nicht nur untergeordneten Beitrag, sei es letztlich auch nur bis zu geistiger Mitwirkung" bei der Verteilung geleistet.

KARLSRUHE

In einer Pressemitteilung teilte Rechtsanwalt Golzem mit, daß sein Mandant, der politische Gefangene Hannes Weinrich, schwer erkrankt ist, aber, obwohl er haftunfähig ist, weiter gefangengehalten wird. Schon seit Anfang Juni hatte Hannes Weinrich über heftige Blasenschmerzen geklagt. Ein Urologe stellte damals Eiterzellen im Prostatasekret und verhärtete kleine Blutgerinnsel im kleinen Becken fest. Als sich der Gesundheitszustand von Hannes Weinrich im September verschlechterte, beantragte die Verteidigung die Zulassung eines Vertrauensarztes. Dieser Antrag wurde von den Behörden über einen Monat lang verschleppt. Erst Anfang November wurde Hannes Weinrich durch den bekannten Nierenspezialisten Dr. Opitz untersucht, der seine sofortige Verlegung in das Schwerpunktkrankenhaus Willingen-Schwenningen verlangte. Stattdessen beschlossen die Behörden, zunächst einmal ,,eine Woche abzuwarten" und ihn dann in das Gefängniskrankenhaus nach Bochum zu verlegen. Inzwischen erhielt Weinrich Haftverschonung.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSTERMINE

Am 4. Dezember beginnt vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts in Flensburg der Prozess gegen den Genossen Manfred Fallet, presserechtlich Verantwortlicher der Partei für den Raum Neumünster. In dem Prozeß geht es um ein antimilitaristisches Flugblatt, das im letzten Herbst während des NATO-Manövers ,,Bold Guard" an die Landbevölkerung verteilt wurde.

Am 5. 12. beginnt vor dem Amtsgericht in Darmstadt (8.30 Uhr) ein Prozeß gegen zwei Genossen, denen Beleidigung der Duisburger Polizei vorgeworfen wird, weil sie einen Informationsstand der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS anläßlich des Todes des Genossen Günter Routhier unterstützt haben sollen.

Am 3. 12. beginnt vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm die Berufungsverhandlung im Prozeß des Genossen Jochen B. gegen Opel. Genosse Jochen kämpft darum, wieder eingestellt zu werden. Der Prozeß beginnt um 12 Uhr.

Kölner Türkenprozeß: Haftrichter tritt als Zeuge auf

Im Prozeß gegen die vier türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Hatice Yurttas, Mustafa Tutkun und Yüksel Ugurlu wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129) ist jetzt nach zweimonatiger Dauer die Verlesung der Bücher und Schriften beendet worden, mit deren Hilfe die bürgerliche Klassenjustiz ihnen nachweisen wollte, daß sie ,,kriminelle Gewalttäter" sind.

In der letzten Zeit wurden z. B. folgende Bücher verlesen: eine Schrift aus dem Russischen über den Partisanenkampf in der Sowjetunion während des 2. Weltkrieges, ein bei der ,,Europäischen Verlagsanstalt" erschienenes Buch von Ho Tschi Minh über den Guerillakrieg, das Buch ,,Der totale Widerstand", verfaßt von einem Schweizer Unteroffizier und schließlich eine Schrift Lenins über den Partisanenkampf.

Alle diese Bücher können in jeder beliebigen Buchhandlung gekauft werden, das Buch ,,Der totale Widerstand" ist sogar auf der Frankfurter Buchmesse ausgestellt worden. Nach den heutigen Gesetzen ist der Besitz solcher Bücher überhaupt nicht strafbar. **Darüber hinaus aber konnte die bürgerliche Klassenjustiz nicht einmal nachweisen, daß diese Bücher auch wirklich bei den Angeklagten gefunden wurden, ihnen gehören usw. usf.** Hatice Yurttas hat während einer der Verhandlungen dann auch erklärt, daß das Vorgehen des bürgerlichen Klassengerichts und seines Vorsitzenden Someoskoy schon eine Vorwegnahme des geplanten neuen Gesetzes gegen die revolutionäre Literatur und Propaganda sei und gesagt, daß die Zeit schon absehbar sein werde, wo, wie in der Türkei, schon der Besitz z. B. der Schriften Lenins oder der ,,Peking Rundschau" strafbar ist.

Mit welchen Methoden die bürgerliche Klassenjustiz arbeitet, zeigt sich auch daran, daß sich z. B. bei einem der vorgelegten Texte die Originalseiten mit Fotokopien vermischten, wobei auf die Fotokopien auch noch in schlechtem türkisch Bemerkungen geschrieben waren. Als die Angeklagten diese Methoden, die Fälschungen, anprangerten, wurden sie von Someoskoy sofort mit 5, 6 oder auch 12 Tagen Ordnungshaft bestraft.

Am 13. November wurden dann der Haftrichter Mandt und der Staatsanwalt Busse, der den Haftbefehl erwirkt hatte, als Zeugen vernommen. Ihre Aussage bewies klipp und klar, daß es zu keiner Zeit irgendeinen konkreten Tatverdacht gegen die vier Patrioten gegeben hat.

In seiner Aussage sagte Mandt z. B.: ,,*Von der Staatsanwaltschaft wurde angegeben, daß eine Verbindung mit Leuten besteht ... Das genügte ja nun nicht, das war mir auch klar. Hinzu kam, daß in einem Zimmer solche Schriften gefunden worden waren, die normalerweise ja jeder besitzen darf, die aber auch kein Indiz dafür waren, daß diese Leute bestimmte Pläne hatten.*"

Selbstverständlich hat aber Mandt trotzdem die Untersuchungshaft bestätigt und in ,,Amtshilfe" für ihn hat Someoskoy Fragen nach den Gründen während des Prozesses nicht zugelassen.

Im Verlauf dieses Prozesses wird immer deutlicher, worum es der bürgerlichen Klassenjustiz geht, warum sie ,,Beweise" fabriziert und mit faschistischen Methoden versucht, die Angeklagten und ihre Anwälte einzuschüchtern: einen Schlag gegen eine revolutionäre Organisation und ihre vermeintlichen Führer zu führen, die Gelegenheit zu nutzen, einen Schlag gegen die revolutionäre und marxistisch-leninistische Literatur zu führen. Der Prozeß wird im Dezember weitergehen: am 1., 3., 5., 9., 11., 15., 17. und 19., jeweils um 9 Uhr am Gerichtsgebäude am Apellhofplatz, Saal 234.

Polizeibewaffnung: Ausrüstung für den Bürgerkrieg

In der vergangenen Woche haben Kölner Polizisten bei einem Einsatz mit neunzehn Schüssen aus einer Maschinenpistole einen Räuber erschossen, der sich, vor der Polizei auf der Flucht, in einer Wohnung in einem Schrank versteckt hatte. An diesem Mann wurde die Todesstrafe vollstreckt. Auch wenn er, wie die bürgerliche Presse meldet, zuerst einen Schuß abgegeben haben sollte, hatte er angesichts der Durchschlagkraft und der Streuwirkung einer aus nächster Nähe abgefeuerten Maschinenpistolensalve keine Chance.

Gerade in den letzten Jahren ist die Bewaffnung der Polizei mit Maschinenpistolen erheblich ausgebaut worden. Heute werden Polizisten, die mit Maschinenpistolen ausgerüstet sind, fast an jedem größeren Einsatz der Polizei beteiligt. Bei Hausdurchsuchungen, wie gerade erst in Wohnungen in Bremen, gehören Polizisten mit der Maschinenpistole im Anschlag zum gewohnten Bild. Das gleiche gilt für Razzien, aber auch in zunehmendem Maß für ,,normale" Verkehrskontrollen.

In der Hetzpropaganda der Polizei, der bürgerlichen Presse, wird die Ausrüstung der Polizei mit neuen Waffen mit dem ,,Schutz des Bürgers" zu rechtfertigen versucht. In Wirklichkeit zeigt gerade die Bewaffnung der Polizei mit Maschinenpistolen, daß sie nicht zum Schutz des Bürgers da ist, sondern eine Bürgerkriegstruppe zur gewaltsamen Unterdrückung des Volkes ist.

In einem 1974 erschienen Buch von H. J. Stammel befaßt sich dieser Spezialist für Polizeiwaffen vom Standpunkt der Bourgeoisie aus mit den verschiedenen Arten der Bewaffnung der Polizei. Er enthüllt dabei unfreiwillig, daß die Polizei in der Bundesrepublik aufs Beste für den Bürgerkrieg ausgerüstet ist, und daß gerade die Maschinenpistole die Waffe ist, die für einen solchen Krieg mit am besten geeignet ist. Maschinenpistolen sind Kriegswaffen. Stammel schreibt direkt, daß ,,Maschinenkriegswaffen im Straßenkampf eines Bürgerkrieges" ,,sehr tauglich" sind. Und zwar deshalb, weil sie nicht darauf berechnet sind, einen einzelnen Menschen zu töten, sondern durch die große Streuwirkung der Schüsse, ihre immense Durchschlagkraft bei einer Reichweite von 2 km im Durchschnitt, auf den Kampf gegen eine größere Menge von Menschen.

Das gleiche gilt für die Ausrüstung der Polizei mit Sturmgewehren, die ebenfalls in großer Zahl in den Arsenalen der Polizei lagern. ,,Auf Fabrikgelände", ,,auf städtischen Schlachtfeldern", berichtet Stammel, entfaltet die Waffe ihre größte Wirkung. Die Polizei der Bundesrepublik ist mit den besten Maschinenpistolen und Sturmgewehren, die zur Zeit gebaut werden, ausgerüstet. Das neue Sturmgewehr der Polizei z.B. hat eine Reichweite von fünf Kilometern und kann auf diese Reichweite zehn Menschen durchschlagen.

In der Tat: ,,Wenn es um militärische Planspiele geht, ist selbst Bürgerkrieg- und Guerillabekämpfung in den außergewöhnlichsten Situationen bis aufs Kleinste durchdacht worden. Für solche kriegsmäßigen Eventualfälle ist die Polizei bestens ausgerüstet."

Urteile im Hirohito-Prozeß: 3 Monate Gefängnis für 3 Angeklagte

Nach über dreißig Prozeßtagen ist in Bonn am 18. November der sogenannte Hirohito-Prozeß zuende gegangen. Drei der Angeklagten wurden von der bürgerlichen Klassenjustiz zu je drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, während zwei der Angeklagten freigesprochen werden mußten. Worum ging es in diesem Prozeß?

Im Oktober 1971 besuchte der japanische Kaiser Hirohito, der auch schon Repräsentant des faschistischen Japan war, die Bundesrepublik. Aus diesem Anlaß fand in Bonn eine Demonstration statt, auf der Hirohito als ,,Kriegsverbrecher und Faschist" bezeichnet wurde, was vollständig den Tatsachen entspricht. Unter dem Vorwand der Beleidigung Hirohitos überfiel die Polizei den Demonstrationszug und versuchte, die Demonstranten mit äußerster Brutalität niederzuknüppeln, wobei die Angeklagten festgenommen wurden. **Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung usw.**

Der Prozeß fand vor einem Sondergericht statt, das im März 1975 gebildet wurde und bei dem der berüchtigte Richter Hasse, der bis jetzt schon insgesamt sechzig Gesinnungsurteile gegen Revolutionäre und Kommunisten gefällt hat, den Vorsitz führte. Hasse verhängte an den dreißig Prozeßtagen über achtzig Tage Ordnungsstrafen gegen die Angeklagten und die Zuschauer, gegen einen Zuschauer erkannte er sogar auf 14 Tage Ordnungshaft.

Während des Prozesses brach die Anklage völlig zusammen, sosehr sich Hasse auch bemühte, dies zu verhindern. Noch am letzten Prozeßtag versuchte er z.B. einen Polizeizeugen zu beeinflussen. Als dieser niemanden von den Angeklagten identifizieren konnte, wurde Hasse ungeduldig und sagte: ,,Es gibt drei Arten von Antworten: einmal ja, einmal nein und dann noch ‚er könnte es zwar sein, aber ich bin mir nicht sicher.'' Das war selbst dem Polizisten zu plump.

Während des Prozesses versuchte Hasse mit allen Mitteln, Hirohito, der an der Spitze des faschistischen Japan stand, als es China und andere asiatische Völker überfiel, reinzuwaschen. Während er ihm bescheinigte, er habe nach dem Krieg auch ,,viel Gutes" für Japan getan, verweigerte er die Zulassung von Beweisanträgen und die Anhörung von Sachverständigen, die bewiesen hätten, daß Hirohito tatsächlich ein ,,Kriegsverbrecher und Faschist" ist.

Korrespondenzen

Redaktion ,,ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

HAMBURG

Liebe Genossen!

Wie volksverbunden unsere Herren Volksvertreter sind, konnte ich beim Verkauf des ROTEN MORGEN in Hamburg-Harburg feststellen. Dort hatte nämlich ein CDU-Bundestagsabgeordneter einen Stand aufbauen lassen, um per Mikrofon mit der Bevölkerung zu diskutieren. Das Ganze geschah auf einem recht belebten Platz vor einem Kaufhaus. Nun stand er da mit dem Mikrofon in der Hand und versuchte krampfhaft, möglichst volkstümlich zu wirken. Aber keiner der vielen Harburger, die zum Kaufhaus an ihm vorbeiströmten, blieb stehen. Um ihn herum stand nur ein Häuflein CDU-ler, die er mitgebracht hatte. Einer von diesen spielte nun das ,,Volk" und stellte eine Frage. Daraufhin hielt der Herr Abgeordnete eine Rede. Als sich ein paar Leute um ihn sammelten, so ca. 20, gewann er sichtlich Oberwasser. Doch welcher Reinfall. Schon nach wenigen Minuten hatte sich die kleine Menge in Diskussionsgrüppchen aufgelöst, die rege untereinander diskutierten und sich um den Volksvertreter nicht mehr scherten. Er stand wieder allein da. Verzweifelt rief er immer wieder laut durchs Mikrofon: ,,Sie müssen hier diskutieren, über Mikrofon!" Aber die Kollegen mußten gar nicht. Schließlich waren auch sie weitergegangen.

Man sah es dem Abgeordneten an, daß er sehnlichst darauf wartete, daß die ungemütlichen Minuten unter seinem Volk vorbei wären. Zwischendurch rief er immer wieder ins Mikrofon: ,,Ist hier denn keiner, der eine andere Meinung vertritt? Hier muß doch jemand SPD gewählt haben! Kommen Sie her und vertreten Sie Ihren Standpunkt!" Langsam sammelte sich zum guten Schluß doch noch eine kleine Schar um diesen Herrn. Man hörte nicht, was sie fragten, doch was für eine Sammlung von Reaktionären er da um sich versammelt hatte, wurde deutlich an den Antworten, die über Mikrofon ertönten: ,,Nein, nein, ich bin entschieden gegen die Abschaffung des Kindergeldes, schließlich sollen doch auch Müllarbeiter Kinder haben." So hatte er endlich doch noch Gelegenheit gefunden, unter seinesgleichen die Interessen des niederen Volkes zu vertreten.

LUDWIGSHAFEN

Letzte Woche unterhielt ich mich mit einem Taxifahrer in Ludwigshafen über die hohen Taxipreise, von denen die Fahrer nichts haben. In dem Augenblick kamen gerade im Radio Nachrichten über den Schmidt-Besuch in der VR China. ,,Ich bin bestimmt kein Kommunist, aber das muß schon ein außergewöhnlicher Staat sein", meinte der Taxifahrer. ,,Vor 6 Wochen sollten wir 16 Chinesen fahren, die als Praktikanten bei der BASF arbeiten. Denen waren die schon bestellten Taxis zu teuer, obwohl die ja von ihrem Staat bezahlt werden. Sie haben dann die Straßenbahn genommen!"

Wir haben darüber gesprochen, daß China ein sozialistisches Land ist, ein Land, in dem die Arbeiter, Bauern und Werktätigen herrschen, und daß die Chinesen, die im Ausland sind, wie hier bei der BASF im Auftrag ihres Volkes sind, ganz genau wissen: Das ist das Geld des chinesischen Volkes, das für die Taxifahrt ausgegeben wird. Das verschwendet man nicht!

Weiter erzählte der Taxifahrer, wie für die chinesischen Praktikanten teure Hotelzimmer im Excelsior mit allem Komfort bestellt worden seien, die Chinesen sind aber umgezogen in ein Motel bei dem Ludwigshafener Arbeiterviertel Pfingstweide, in ein einfaches Zimmer ohne Bad. ,,Und bei der BASF im Betrieb, da sollen sie die Ingenieure und Meister über einzelne Maschinen mit so großer Sachkenntnis bis ins letzte Detail befragt haben, daß die teilweise keine Antwort mehr wußten!"

Wir waren uns darüber einig: Das sind wirkliche Vertreter ihres Volkes, bei denen es nicht heißt: ,,Außer Spesen nichts gewesen." Diese chinesischen Praktikanten werden ihren Teil dazu beitragen, den Sozialismus in China zu stärken.

Rot Front! Ein Genosse.

BERICHTIGUNGEN

In der Spendenliste im RM Nr. 44 ist als Spende für die KPD/ML auch eine Spende von 5 DM von D. W. aus Wolfsburg aufgeführt. Diese Spende galt nicht der KPD/ML, sondern für die Karten der Kämpfer des Roten Antikriegstages gegeben.

In dem Artikel über den Mieterkampf in Karlsruhe im RM Nr. 46/75 sind einige Unrichtigkeiten enthalten: Die modernen Revisionisten der D,,K"P haben nicht ihren Spitzenfunktionär Rebholz in das Komitee geschickt, sondern den Stadtratskandidaten Appelt. Die Beschimpfung der Genossen der Partei als ,,Lumpenmenschen" geschah nicht während der Protestversammlung, sondern bei der Agitation und Propaganda vor einem Einkaufszentrum. In dem Artikel schrieben wir außerdem fälschlicherweise, daß die Rede des Genossen der Partei gegen den Widerstand der Revisionisten und Reaktionäre durchgesetzt werden mußte.

Der Trotzkismus - eine konterrevolutionäre Ideologie

Vor kurzem fanden in Westberlin und anderen Städten Veranstaltungen der sogenannten ,,Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) statt. Diese Veranstaltungen des westdeutschen Ablegers des internationalen Trotzkismus hatten das Thema ,,Maoismus und Vaterlandsverteidigung" oder ,,Zum Rechtskurs von KPD und KPD/ML". Es handelte sich hier um gezielte Provokationen der Trotzkisten gegen unsere Partei und die GRF (KPD). Bereits im ROTEN MORGEN Nr. 46 berichteten wir, daß unsere Partei mit revolutionärer Gewalt gegen diese Provokation vorgegangen ist.

Der Bericht im ROTEN MORGEN Nr. 46 enthielt allerdings einige sachliche Unrichtigkeiten. Bevor wir den Westberliner Vorfall zum Anlaß nehmen, einmal grundsätzlicher auf Wesen und Ziele des Trotzkismus einzugehen, wollen wir darum noch einmal den Hergang der Ereignisse im Zusammenhang mit der Westberliner Trotzkistenveranstaltung zusammenfassen. Unsere Partei hatte vor der Veranstaltung der Trotzkisten in einem Flugblatt aufgerufen, diese Provokation zu verhindern. Bereits geraume Zeit vor Beginn der Veranstaltung hatten trotzkistische Schläger, mit Helmen, Latten und vereinzelt auch Totschlägern bewaffnet, vor dem Eingang des Veranstaltungsraumes in der Technischen Universität Ketten gebildet, um zu demonstrieren, daß sie ihre Hetzveranstaltung gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die Kommunistische Partei Chinas und ihren Vorsitzenden Mao Tsetung, gegen unsere Partei und alle Marxisten-Leninisten unseres Landes auch gewaltsam durchführen wollten. Genossen unserer Partei ließen sich davon allerdings nicht einschüchtern. Sie griffen die ungefähr 50 Mann starke Schlägertruppe der Trotzkisten mutig an und vertrieben sie. Bei diesen Auseinandersetzungen wurden drei Personen so verletzt, daß sie ins Krankenhaus mußten. Unter ihnen einer unserer Genossen, dem ein Trotzkist mit einem gezielten Stangenstoß ins Gesicht das Jochbein gebrochen hatte. Nach der Vertreibung der Trotzkisten zogen sich unsere Genossen zurück, weil sie mit einem Eingreifen der Polizei zugunsten der Trotzkisten rechneten. So konnten sich die Trotzkisten nach 1 1/2 Stunden wieder sammeln und mit 500 Leuten ihre Veranstaltung doch noch durchführen. Ein größerer Teil der Veranstaltungsteilnehmer gehörte dem revisionistischen Studentenverband ADS an, der den trotzkistischen Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die VR China natürlich voll unterstützte. Es nahmen aber auch eine größere Zahl unorganisierter Studenten an der Veranstaltung teil. Wenn der mutige Kampf der Genossen auch sein eigentliches Ziel, diese Provokation zu verhindern, nicht erreicht hat, so hat er allerdings in starkem Maße dazu beigetragen, daß die Frage ,,Wer sind die Trotzkisten und was wollen sie?" jetzt breit unter den Studenten in Westberlin diskutiert wird. Viele Studenten sehen den Trotzkismus noch als eine Strömung der ,Linken" an. Deshalb ist es notwendig, über Wesen und Ziel des Trotzkismus Klarheit zu schaffen.

KERNPUNKT DER KONTERREVOLUTIONÄREN THEORIE DES TROTZKISMUS

Bevor wir auf einige Kernpunkte der trotzkistischen Theorie eingehen, wollen wir kurz ihre philosophische Grundlage skizzieren. Die philosophische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus ist der dialektische Materialismus. Mao Tsetung faßt das Wesen der marxistischen Philosophie so zusammen: *,,Die marxistische Philosophie, der dialektische Materialismus, weist zwei am meisten hervorstechende Merkmale auf. Zunächst ist sie durch ihren Klassencharakter gekennzeichnet: Sie erklärt offen, daß der dialektische Materialismus dem Proletariat dient. Weiter ist sie gekennzeichnet durch ihre Bezogenheit auf die Praxis. Sie betont, daß die Theorie von der Praxis abhängt, daß die Praxis die Grundlage der Theorie bildet und die Theorie ihrerseits der Praxis dient.*"

,,Die marxistische Philosophie ist der Ansicht, daß die wichtigste Frage nicht darin besteht, die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt zu verstehen, um die Welt interpretieren zu können, sondern darin, die Kenntnis auszunützen, um die Welt aktiv umzugestalten." (Rotes Buch, S. 240/241). Die marxistische Philosophie ist also materialistisch, weil sie von den objektiven Gesetzmäßigkeiten ausgeht. Aufgrund der Kenntnis dieser objektiven Gesetzmäßigkeiten kann die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüstete Kommunistische Partei die richtige STRATEGIE UND Taktik der proletarischen Revolution bestimmen. Der Trotzkismus dagegen, der in Worten den wissenschaftlichen Sozialismus anerkennt, lehnt den dialektischen Materialismus in Wirklichkeit vollständig ab, er leugnet die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und verabsolutiert den ,,reinen revolutionären Willen". **Er will den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus-Leninismus zerstören, um die Arbeiterklasse mit pseudorevolutionären Phrasen in aussichtslose Schlachten und katastrophale Niederlagen zu hetzen.**

Zu den objektiven Gesetzmäßigkeiten, die der Trotzkismus leugnet, gehört das Gesetz von der ungleichmäßigen imperialistischen Entwicklung. Dieses Gesetz besagt: Die Entwicklung der imperialistischen Staaten verläuft nicht parallel, sondern ungleichmäßig. Bestimmte imperialistische Mächte erstarken, während andere von Krisen erfaßt werden. In bestimmten kapitalistischen Ländern herrscht eine Periode relativer Stabilität, während in anderen eine revolutionäre Krise heranreift. Der Imperialismus steht dem internationalen Proletariat also nicht als einheitlicher, geschlossener Block gegenüber, sondern die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärfen sich bis hin zum unvermeidlichen Ausbruch imperialistischer Kriege gesetzmäßig. Die Arbeiterklasse findet nicht in jedem Land die gleichen Kampfbedingungen, sondern die Klassenkampfsituation kann in verschiedenen Ländern völlig verschieden sein. Der Imperialismus kann der proletarischen Revolution nicht auf der ganzen Welt gleich stark entgegentreten, sondern es gibt im Weltsystem des Imperialismus schwache Stellen, so daß die proletarische Revolution also in einzelnen Ländern siegen kann, obwohl der Imperialismus im Weltmaßstab noch nicht gestürzt werden kann. Dieses Gesetz besagt auch, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land möglich ist, weil die imperialistischen Staaten wegen der sich zwischen ihnen verschärfenden Widersprüche und der unterschiedlichen Entwicklung des Klassenkampfes im Innern nur schwer und nur vorübergehend einen gemeinsamen Block bilden können, um die sozialistischen Länder zu vernichten. Infolgedessen können die imperialistischen Länder durch den Kampf der sozialistischen Länder, des internationalen Proletariats und der kommunistischen Weltbewegung zur friedlichen Koexistenz gezwungen werden. **Zusammengefaßt besagt dieses Gesetz für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats: die sozialistische Weltrevolution, die ihrem Wesen nach international ist, verläuft der Form nach als Aufeinanderfolge einzelner nationaler Revolutionen.**

Der Trotzkismus dagegen leugnet vollständig den nationalen Faktor. Er führt ständig die Weltrevolution im Munde. Aber nicht um die Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen, sondern um den Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution im nationalen Maßstab zu ersticken. **Die trotzkistischen Phrasen von der Weltrevolution haben also nichts mit dem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt zu tun, daß der Klassenkampf in einem Land vom Standpunkt der Beschleunigung der sozialistischen Weltrevolution aus beurteilt werden muß. Der ,,Internationalismus" der Trotzkisten bedeutet vielmehr Kampf gegen den Sieg der sozialistischen Revolution in jedem Land und damit auch Kampf gegen die Weltrevolution.** Folgerichtig werden die sozialistischen Länder vom internationalen Trotzkismus erbittert als ,,bürokratisch" entartet bekämpft.

Ein weiterer Kernpunkt der konterrevolutionären Theorie des Trotzkismus ist die ,,Theorie der permanenten Revolution". Diese Theorie besagt, daß auch in kolonialen und halbkolonialen Ländern die Revolution keine Zwischenetappe durchlaufen darf, sondern daß auch in diesen Ländern die sozialistische Revolution als unmittelbares Etappenziel auf der Tagesordnung steht. Diese trotzkistische Theorie leugnet also vollständig die objektiven Bedingungen dieser Länder, so die Tatsache, daß der Feudalismus und die nationale Unterjochung durch die ausländischen imperialistischen Mächte das Haupthindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt darstellen, so die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in diesen Ländern sehr klein ist und daß unter der Führung der Arbeiterklasse die Bauern die Hauptkraft der Revolution bilden. Alles in allem würde die trotzkistische ,,Theorie der permanenten Revolution" in diesen Ländern dazu führen, daß die Arbeiterklasse sich von den übrigen Volksmassen isoliert, daß die Revolution scheitert.

Überhaupt gehört es zum konterrevolutionären Arsenal des Trotzkismus, daß er sich ständig darauf konzentriert, die soziale Basis der Revolution zu spalten und so schmal wie möglich zu halten. So leugnet er weitgehend die revolutionäre Rolle, die die werktätigen Bauern als Bündnispartner der Arbeiterklasse spielen kann. In den kapitalistischen Ländern, in denen die revolutionäre Bewegung der Studenten und Intellektuellen in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen hat, propagiert der Trotzkismus die führende Rolle der Intelligenz, um ein Bündnis der revolutionären Studenten mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung zu verhindern. Aus dem gleichen Grund, nämlich um zu verhindern, daß alle Reserven der sozialistischen Revolution mobilisiert werden, um sie zum Sieg zu führen, hetzt der Trotzkismus wie wild gegen alle Formen der Einheitsfronttaktik. **Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Theorie des Trotzkismus vollständig gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet ist, daß sie eine konterrevolutionäre Theorie ist und keineswegs als ,,links" oder gar als revolutionär angesehen werden kann.**

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE POLITIK DER TROTZKISTEN

Das Wesen der Politik des Trotzkismus besteht darin, daß er mit allen links- und rechtsopportunistischen Strömungen paktiert, daß er versucht, alle Strömungen des Opportunismus gegen den Marxismus-Leninismus zu vereinen. Die Feindschaft gegen den Marxismus-Leninismus ist das einzige Prinzip trotzkistischer Politik.

Der offen reaktionäre Charakter des Trotzkismus tritt vor allem dort klar zutage, wo er seine wilde Hetze gegen die sozialistischen Länder, gegen die Kommunistische Partei Chinas und gegen die Maotsetungideen, sowie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker entfaltet. Mit der revisionistischen Entartung der Sowjetunion, ihrer Entwicklung zu einer sozialimperialistischen Supermacht hat der internationale Trotzkismus seine gegen die sozialistische Sowjetunion verbreitete Hetze zunehmend eingestellt und wird nun in immer stärkerem Maße zu einem Anhängsel des modernen Revisionismus, der gegenwärtig die gefährlichste gegen den Marxismus-Leninismus gerichtete Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung ist. Diese Schützenhilfe des Trotzkismus für den modernen Revisionismus erstreckt sich zunehmend auch auf offene prosozialimperialistische Propaganda. Der größte Teil des Flugblatts, mit dem die Trotzkisten zu ihrer Westberliner Veranstaltung aufgerufen haben, greift unsere Partei und die GRF (KPD) an, weil wir den aggressiven Charakter der sozialimperialistischen Supermacht entlarven und entsprechend Anstrengungen unternehmen, um die Wachsamkeit unseres Volkes gegenüber einer möglichen sozialimperialistischen Aggression zu erhöhen.

Das Bündnis des Trotzkismus mit dem modernen Revisionismus kann letzlich nicht überraschen. Es ist eine Tatsache, daß der internationale Trotzkismus die gewisse Wiederbelebung, die er seit Anfang der 60er Jahre erfahren hat, dem Verrat der modernen Revisionisten zu verdanken hat. Vielen, die sich von den revisionistischen Verrätern enttäuscht abwandten, schien der Trotzkismus eine antirevisionistische Alternative zu sein. Das gilt hauptsächlich für das intellektuelle Kleinbürgertum. **In Wirklichkeit sind Trotzkismus und moderner Revisionismus Zwillinge.** Ihnen gemeinsam ist der Haß auf Stalin, dem unbeugsamen Verteidiger des Erbe Lenins; ihnen gemeinsam ist der Haß auf das rote China, das Bollwerk der Weltrevolution und die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa; ihnen gemeinsam ist der Haß auf die Maotsetungideen und die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Sie sind enge Komplizen der Konterrevolution.

Diese Tatsache sollte sich jeder vor Augen halten, wenn die Trotzkisten an der Westberliner Universität jetzt demagogisch die ,,demokratischen Rechte" beschwören, die ihnen von unserer Partei allerdings bestritten werden. **Links, fortschrittlich, revolutionär sein, heißt, sich der Konterrevolution in den Weg zu stellen und nicht ihr die Möglichkeit zu verschaffen, konterrevolutionäre Propaganda zu betreiben.**

Portugal: Droht ein konterrevolutionärer Putsch?

In Portugal hat die VI. provisorische Regierung unter Premierminister Azevedo beschlossen, ihre Arbeit vorläufig einzustellen. Sie erklärt, sie werde solange nichts tun, bis ,,Ruhe und Ordnung" in der Armee wiederhergestellt sind. General Carvalho, Chef der Sicherheitstruppe Copcon, wird als Militärkommandant der Region Lissabon abgelöst, wie berichtet wird, weil er sich weigerte, Truppen gegen die Bauarbeiter einzusetzen, die den Regierungssitz Azevedos belagerten: Inzwischen mußte er wieder eingesetzt werden. Überall hört man Putschgerüchte, es sind sogar konkrete Pläne im Umlauf. Die Lage ist äußerst gespannt.

,,Eine bewaffnete Auseinandersetzung", schreibt die ,,Welt", ,,scheint nicht mehr zu umgehen sein". Die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten sind es, die vor allem die Spannungen schüren, die ihre Lakaien und Agenten einsetzen, um Portugal an sich zu reißen.

Carlucci, der sogenannte Botschafter der USA in Portugal, ein berüchtigter Agent des CIA, der schon in verschiedenen Ländern Putsche organisiert hat, hat gerade eine Reise durch Nordportugal beendet. Er traf sich dort mit hohen kirchlichen Amtsträgern und sprach mit hohen Offizieren und Verwaltungsbeamten. Kurze Zeit darauf lanciert die Fraktion der Sozialistischen Partei in der verfassungsgebenden Versammlung den Plan, die Versammlung ständig nach Nordportugal zu verlegen und die Macht in die Hände einer Militärjunta zu legen. Offen wird der Plan besprochen, reaktionäre Einheiten des Militärs nach Lissabon marschieren zu lassen.

In dieser Situation betreiben die modernen Revisionisten, die sozialfaschistische Partei Cunhals, eine besonders üble und hinterhältige Politik. Am 16. November organisierten sie in Lissabon eine große Kundgebung für ihre konterrevolutionären Ziele, den Sturz der Regierung Azevedo und die Bildung einer neuen konterrevolutionären Regierung, die unter ihrer Kontrolle steht. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen die modernen Revisionisten sich an die Spitze der Volksbewegung zu setzen, der Kämpfe, in denen sich die Unzufriedenheit und Empörung großer Teile der Arbeiterklasse, der Bauern und der anderen Werktätigen über die reaktionäre Politik der Regierung Azevedo ausdrückt. Die Cunhalpartei, die, als sie noch stark in der Regierung Goncalves vertreten war, ein sozialfaschistisches Gesetz gegen Streiks befürwortete und die Arbeiter zur ,,Ruhe" aufrief, gibt jetzt plötzlich vor, die gerechten Streiks der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Müllarbeiter usw. zu unterstützen. Sie gibt vor, auf der Seite der Bauern zu stehen, die die Ländereien der Gutsbesitzer besetzten. Sie gibt sich den Anschein, der einzigen und wirklichen Kraft, die die ,,Demokratie" und die ,,Freiheit" verteidigt. In Wirklichkeit sind das alles demagogische Manöver, um das Volk in die Irre zu führen, um die Revolution niederzuschlagen und eine sozialfaschistische Diktatur zu errichten und Portugal den Kremlzaren in die Hände zu spielen. Ein von ihnen angezettelter Bürgerkrieg wäre in Wirklichkeit nichts anderes als ein konterrevolutionärer Putsch.

Nach den Rückschlägen, die sie mit dem Sturz der Regierung Goncalves errungen haben, haben sie jetzt ihren Einfluß und ihre Positionen, wie die große Kundgebung in Lissabon zeigt, festigen können, indem sie die Unzufriedenheit breiter Teile des Volkes für sich ausnutzten. Aber der Weg, auf den sie das portugiesische Volk führen wollen, ist der Weg in die Versklavung durch eine sozialfaschistische Diktatur. Aber wie die Ereignisse in Chile der ganzen Welt gezeigt haben, begünstigen sie auch die Errichtung einer faschistischen Diktatur von Washingtons Gnaden, indem sie das Volk entwaffnen.

Der einzige Weg zur Befreiung, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ist den Weg der Volksrevolution, deren erbittertste Feinde die modernen Revisionisten sind. Ohne sie zu schlagen, kann der Sieg nicht errungen werden.

Ramiz Alia

Die Linie des Kampfes und Sieges gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Im folgenden veröffentlichen wir einen Artikel, den Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, für das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens „Zeri i Popullit" geschrieben hat. Anlaß des Artikels ist der 15. Jahrestag der Beratung von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau und das Erscheinen des 19. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha. Dieser Band enthält hauptsächlich Arbeiten des Genossen Enver zur Entlarvung der Chruschtschow-Revisionisten, u.a. seine historische Rede auf dem Moskauer Treffen. Im folgenden Artikel analysiert Genosse Ramiz Alia noch einmal die große Bedeutung der Moskauer Beratung, auf der die albanischen und chinesischen Genossen öffentlich das Feuer auf den revisionistischen Verrat eröffneten.

Vor 15 Jahren hielt Genosse Enver Hoxha seine historische Rede auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Mit großer kommunistischer Prinzipienfestigkeit und revolutionärer Entschlossenheit zerschlug Genosse Enver Hoxha die antimarxistischen Thesen Nikita Chruschtschows und seiner Nachbeter, entlarvte die politische Plattform der sowjetischen Führung und brachte ihr finsteres Spiel hinter den Kulissen, ihre Intrigen und Komplotte gegen die KP Chinas und die PAA, gegen die Revolution und den Sozialismus ans Licht.

Die Texte des 19. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha, der dieser Tage im Buchhandel erschien, umfassen Reden, Berichte, Briefe und Radiogramme aus der Zeit von Juni bis Dezember 1960. Sie werfen ein helles Licht auf den entschlossenen Kampf, den unsere Partei und Genosse Enver Hoxha gegen den Chruschtschow-Revisionismus geführt haben und leisten eine große Hilfe, um allseitig und gründlich die welthistorische Bedeutung dieses Kampfes zu verstehen und die Richtigkeit der Linie der PAA in ihrer ganzen Klarheit zu sehen. (. . .)

1960 war die Zeit, zu der sich infolge des Verrats der sowjetischen Führungsgruppe mit Chruschtschow an der Spitze rasch eine reaktionäre revisionistische Strömung ausbreitete. Die internationale kommunistische Arbeiterbewegung war einem wilden konterrevolutionären Angriff ausgesetzt, gemeinsam mit den Chruschtschow-Leuten hatte die ganze Reaktion gegen ihre Strategie und Taktik, gegen die Theorie und Praxis der Revolution das Schwert gezückt.

Die Kommunisten und Revolutionäre hatten eine große Bewährungsprobe zu bestehen und trugen eine große Verantwortung. Die Frage stellte sich scharf. Auf welche Seite sollten sie sich in diesem für die internationale kommunistische Bewegung und den Sozialismus so kritischen Augenblick stellen? Auf die Seite des Marxismus-Leninismus und der Revolution oder des Revisionismus und der Konterrevolution, auf die Seite der sowjetischen Führung, die den Sozialismus verriet,oder gegen sie?

Heute, da die Sowjetunion sich in eine imperialistische Supermacht verwandelt hat, da die revisionistischen Parteien zu einer konterrevolutionären Kraft entartet sind, mag die Lösung einfach scheinen.

Doch damals war es nicht so. Von der Mehrheit der Kommunisten und breiter Schichten der internationalen Arbeiterklasse sowie der Öffentlichkeit, die über die Tatsachen nicht Bescheid wußten, wurde die Sowjetunion als Zentrum der Weltrevolution betrachtet. Es gab viele Menschen, die die sowjetische Führung mit der heroischen Vergangenheit der Sowjetunion aus der Zeit Lenins und Stalins gleichsetzten. Zudem waren die Probleme nicht so klar wie heute, viele Erscheinungen wurden aufgrund der revisionistischen Propaganda, die mit dem Namen Marx und Lenin Schindluder trieb, verzerrt dargestellt, die Entwicklung vieler anderer befand sich im Keimzustand, ideologische Abweichungen wurden in vielen Fällen mit Fehlern von praktischem Charakter vermengt usw.

Um daher offen aufzutreten und öffentlich die ideologische Plattform und die politische Linie der Chruschtschow-Leute anzuprangern, mußten in erster Linie eine feste Überzeugung, gründliche Kenntnisse über den Verlauf der Dinge und große ideologisch-theoretische Fähigkeiten vorhanden sein, um die Ereignisse und Erscheinungen der Zeit wissenschaftlich analysieren und die Perspektive klar sehen zu können. Andererseits waren auch gewaltiger ideologischer und politischer Mut und eine große Entschlossenheit notwendig, denn gegen die Chruschtschow-Leute aufzutreten, bedeutete, gegen die Strömung zu schwimmen, sich gegen die „Autoritäten" und „Gesetzgeber" des Marxismus zu erheben und sich auf eine Schlacht mit ungeheueren Risiken einzulassen. Nicht nur der „Bannstrahl" der Revisionisten würde gegen sie geschleudert werden, sondern auch mit den Folgen der Rache der Chruschtschow-Leute, mit Blockaden und Diversion, vielleicht sogar mit militärischer Aggression war zu rechnen.

Die Schriften des 19. Bandes erklären und geben die Möglichkeit zu verstehen, warum gerade die PAA, die Partei eines kleinen Landes, sich gegen die revisionistische Linie der Chruschtschow-Führung erhob, weshalb sie diese prinzipienfeste und revolutionäre Haltung einnehmen und eine so große Verantwortung vor dem eigenen Volk und dem Weltkommunismus übernehmen konnte.

Die PAA wurde in den stürmischen Flammen des nationalen Befreiungskampfes geboren und war in der Revolution für die Befreiung des Landes und im Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus aufgewachsen. Den Marxismus hatte sie nicht aus Büchern und auf Konferenzen gelernt, sondern im Feuer eines heftigen Klassenkampfes, bei der Auseinandersetzung und dem Zusammenprall mit Feinden aller Schattierungen und jeglicher Herkunft. Die albanischen Kommunisten hatten einen langen konsequenten und prinzipienfesten Kampf gegen den jugoslawischen Revisionismus, gegen seine anti-marxistischen Theorien und Praktiken geführt.

Im Kampf und in der Revolution war die stählerne Einheit der Reihen der Partei um ihre Führung mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze sowie die unverbrüchliche Einheit des Volkes um die Partei geschmiedet worden. Es war eine marxistisch-leninistische Einheit, die auf einer korrekten und in der täglichen revolutionären Praxis erprobten Linie beruhte.

Für die prinzipielle und unbeugsame marxistisch-leninistische Haltung unserer Partei gegenüber dem Revisionismus fällt ihrem Begründer und Führer Genossen Enver Hoxha ein besonderer Verdienst zu. Er ist der Schmied der korrekten Linie der Partei in allen Entwicklungsetappen der Revolution, der stählernen marxistisch-leninistischen Einheit ihrer Reihen, der Einheit des Denkens und Handelns, des revolutionären Mutes und der Entschlossenheit der albanischen Kommunisten.

Die Schriften des 19. Bandes sind ein glänzendes Beispiel der Treue zum Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und ihrer unerschütterlichen Verteidigung. Sie zeugen von der weisen, prinzipienfesten und entschlossenen Haltung des Genossen Enver Hoxha in den kompliziertesten und heikelsten Augenblicken, von der von ihm befolgten klugen und elastischen Taktik, um dem revisionistischen Angriff standzuhalten, von dem von ihm gewählten richtigen Weg, um die Feinde zu bekämpfen und die Partei zum Sieg zu führen.

In den Dokumenten des 19. Bandes zeigt sich, wie Genosse Enver Hoxha besonders darauf bedacht ist, sich stets und über alle Fragen mit den Genossen des Politbüros und des ZK der Partei zu beraten; es zeigt sich die große Kraft, die er aus dem Denken und der Haltung der Partei schöpft; es zeigt sich das Vertrauen, das er zu seinen Genossen und Mitkämpfern hat und der große Mut, mit denen er sie wappnet.



Genosse Ramiz Alia begrüßt Genossen Ernst Aust bei seinem Besuch in der Volksrepublik Albanien im Sommer 1975 auf dem Flughafen von Tirana.

„Ihr könnt es euch nicht vorstellen", sagte Genosse Enver Hoxha, als er sich an die Genossen des 17. Plenums des ZK im Juli 1960 wandte, *„welche große Kraft wir hier auf dem Plenum des ZK schöpften, welche großen Lehren für die Tapferkeit, die wir in Zukunft beweisen müssen... Das ZK hat uns so gerüstet, daß wenn wir zehnmal nicht zurückgeschreckt sind, heute tausendmal uns keine Furcht einjagen lassen."*

In der für die Sache des Kommunismus kritischsten Zeit wählte die PAA den einzigen richtigen Weg, den Weg des Kampfes von Angesicht zu Angesicht mit dem Chruschtschow-Revisionismus. Diese Lösung brachte die Meinung, den Willen und Wunsch aller albanischen Kommunisten und des gesamten albanischen Volkes zum Ausdruck. Das ZK der PAA leistete eine gewaltige und intensive Arbeit, um der entstandenen Situation Herr zu werden, um die Standpunkte auszuarbeiten und die Partei auf die neue Schlacht mit dem sowjetischen Revisionismus vorzubereiten. Fünf Plenen des ZK fanden von Juli bis Dezember 1960 statt.

Die Entlarvung der sowjetischen Führung in Moskau durch die PAA und die KP Chinas stellt einen entscheidenden Wendepunkt im Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Revisionismus dar. Auf der Moskauer Beratung wurde eine klare Demarkationslinie gezogen zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Chruschtschowschen Pseudomarxismus. Dort trennten sich die Wege der Kämpfer für den Sozialismus von denen der Lakaien der Bourgeoisie, der Weg der Marxisten-Leninisten von dem der Revisionisten.

Die Moskauer Beratung verwandelte sich in eine Arena eines scharfen ideologischen Kampfes zwischen der revolutionären proletarischen, von der KP Chinas und der PAA vertretenen Linie und der opportunistischen Linie der Sowjetführung, die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus über Bord geworfen hatte und zum offenen Verrat überging.

Die sowjetische Führung wollte der ganzen kommunistischen Bewegung den Kurs des 20. Parteitages aufzwingen. Dieser mit den demagogischen Parolen des „schöpferischen Marxismus" getarnte Kurs war der Ausdruck eines umfassenden Komplotts der Chruschtschow-Leute, um die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu liquidieren, die kommunistischen Parteien vom Weg des Marxismus-Leninismus abzubringen, den Klassenkampf durch die Klassenversöhnung und die Revolution durch bürgerliche Reformen zu ersetzen und alle Parteien dem Diktat Moskaus zu unterwerfen. Um diese Ziele zu erreichen, posaunten die sowjetrevisionistischen Führer lauthals die chruschtschowsche Koexistenz, die Welt ohne Waffen und Kriege, den friedlichen parlamentarischen Weg aus. Sie predigten, daß der Imperialismus und seine Häupter vernünftig geworden seien und ihr aggressives Wesen verändert hätten usw. Sie griffen Stalin, sein Werk und seine Lehren an, sie verbündeten sich mit dem jugoslawischen Revisionismus und verstärkten die Wühlarbeit und die Schläge gegen die revolutionären Kräfte, die den Marxismus-Leninismus verteidigten.

Gegen diese verräterische Linie und gegen diesen äußerst gefährlichen Plan der Chruschtschow-Revisionisten erhoben sich die PAA und Genosse Enver Hoxha entschlossen und eröffneten das Feuer.

Unsere Partei war niemals mit dem Kern der Thesen des 20. Parteitags und den Handlungen Chruschtschows einverstanden. Auf dem Parteiweg hat unsere Partei den sowjetischen Führern ihre Meinung zu diesen Widersprüchen mitgeteilt. Dennoch war unsere Partei, die sich in der Propaganda und in der konkreten Tätigkeit an die eigenen Auffassungen hielt, die nicht mit den Chruschtschow-Thesen übereinstimmten, aus taktischen Gründen und deswegen, weil die sowjetischen Führer und vor allem Chruschtschow heute nicht das sagten, was sie gestern gesagt hatten, bis 1960 nicht öffentlich mit einer offenen Polemik aufgetretten.

Doch es kam Bukarest. Chruschtschow ging zum offenen Angriff gegen die KP Chinas und alle diejenigen über, die den Marxismus-Leninismus verteidigten und die Verwirklichung der heimtückischen Pläne der Revisionisten behinderten. Unsere Partei und Genosse Enver Hoxha waren der Meinung, daß das Maß voll war. Daher mußte gegen Chruschtschow und seine Nachbeter eine feste und entschiedene Haltung bezogen werden. Die Arroganz und Brutalität von Chruschtschow, sein herrisches Benehmen als derjenige, der den Taktstock schwingt, mußten angegriffen werden. Jetzt mußte dem Opportunismus der sowjetischen Führer die Maske vom Gesicht gerissen werden.

In Bukarest erhob sich unsere Partei in hohem internationalistischen Geist zur Verteidigung der KP Chinas. Sie stellte sich entschlossen, ohne Rücksicht auf die Folgen, dem Chruschtschowschen Komplott entgegen. Der 19. Band, besonders die an Genossen Hysni Kapo in Bukarest gerichteten Radiogramme, enthalten äußerst interessante Materialien, die die sehr große Bedeutung beweisen, welche die Partei und Genosse Enver Hoxha der Entlarvung der antichinesischen Kampagne der Chruschtschow-Leute und der Verteidigung der KP Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze beimaßen und die die von der Partei befolgte geschickte Taktik und die von ihr eingenommene klare Haltung zeigen.

Bukarest stellt die erste offene Auseinandersetzung mit dem Chruschtschowschen Revisionismus dar. Die entscheidende Schlacht aber beschloß unsere Partei in Moskau zu schlagen, vor dem breiten Forum der 81 Parteien. Ihr Ziel war, den Chruschtschowschen Revisionismus ideologisch und politisch zu entlarven, zur Vereinigung der revolutionären Krafte aufzurufen und das Banner des Leninismus, das die Revisionisten in den Staub getreten hatten, hoch zu erheben.

Genosse Enver Hoxha betonte mit Nachdruck, daß wir uns nicht um Erklärungen grämen und ihretwegen krank werden, daß *„unsere Aufgabe nicht darin besteht, die Kollektion der Erklärungen aufzustocken"*, daß die Moskauer Beratung keine versöhnliche, pazifistische Versammlung sein dürfte, um die schweren Fehler mit einem Schleier zu verhüllen. *„Wir dürfen nicht zulassen"*, unterstrich er, *„daß die Moskauer Beratung eine Versammlung der Revisionisten und der rechten Pazifisten wird: wir werden dafür kämpfen, daß sie eine marxistische, kämpferische, konstruktive Versammlung wird. Einen anderen Weg gibt es nicht."*

Die Rede des Genossen Enver Hoxha auf der Beratung der 81 Parteien, die nach wie vor von großem aktuellen Wert ist, spiegelt die Linie des Kampfes unserer Partei gegen den Chruschtschow-Revisionismus wider. Darin wurden die opportunistischen Auffassungen der sowjetischen Führer in allen wesentlichen Erscheinungen einer vernichtenden Kritik unterzogen und der Standpunkt der PAA zu den wichtigsten Problemen der internationalen Entwicklung, der Strategie und Taktik und der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern dargelegt.

In Moskau griff Genosse Enver Hoxha direkt und zielgerichtet an. Er zeigte, daß der Ursprung des Übels, das die kommunistische Bewegung erfaßt hatte, im 20. Parteitag und seinen Beschlüssen zu suchen war. Dort lag die Quelle der Konterrevolution in Ungarn und der Ereignisse in Polen, der großen Erschütterungen in einigen Parteien, sowie des Umsichgreifens der antikommunistischen Hysterie. Mit unwiderlegbaren Argumenten wies Genosse Enver Hoxha die revisionistischen Thesen und antimarxistischen Handlungen der sowjetischen Führer eine nach der anderen zurück und brachte ihre reaktionären Absichten ans Licht.

Er ging ausführlich auf die Analyse des Imperialismus und die Frage von Krieg und Frieden ein und unterstrich entgegen der Chruschtschowschen Ansicht die Auffassung unserer Partei, daß *„der Imperialismus, in erster*

Linie der US-Imperialismus, weder seine Haut und sein Fell noch sein Wesen ändert, daß der Imperialismus aggressiv ist und aggressiv sein wird, solange ihm auch nur ein Zahn bleibt“.

Genosse Enver Hoxha entlarvte die Chruschtschowsche sogenannte friedliche Koexistenz und versetzte ihr schwere Schläge. Die Chruschtschowsche Koexistenz spiegelte den strategischen Plan der sowjetischen Führer wider, eine Annäherung und enge Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zu erreichen, damit beide gemeinsam die Revolution liquidieren, die Befreiungskämpfe ausrotten und die Einflußbereiche erhalten und erweitern könnten. Das war eine ungeheure Diversion, um die Massen ideologisch und politisch zu entwaffnen und sie angesichts der bevorstehenden Angriffe des Imperialismus und Sozialimperialismus unbewaffnet zu lassen.

Das Leben hat vollständig die Richtigkeit der Ansichten unserer Partei bestätigt. Auch heute nach 15 Jahren stellt der Imperialismus gemeinsam mit dem neuen sowjetischen Imperialismus die größte Gefahr für die Völker, ihre Freiheit und die Revolution dar. Die historische Erfahrung, der langwierige und allseitige Kampf der revolutionären Kräfte, um die antiimperialistische Linie zu verteidigen und die Massen für sie zu mobilisieren, lehrt die Völker, keinerlei Illusion über den neuen und alten Imperialismus zu hegen und keine Unterschätzung von ihm zuzulassen.

In seiner Rede auf der Moskauer Beratung entlarvte Genosse Hoxha mit Nachdruck die opportunistische These des friedlichen Weges als Revision des Marxismus in seiner Grundfrage, als einen Versuch, den Arbeitern den Kopf zu vernebeln, damit sie vom revolutionären Klassenkampf ablassen. Er betonte, daß „*kein einziges Volk, kein Proletariat und keine kommunistische oder Arbeiterpartei die Macht ohne Blut und Gewalt ergriffen haben*“. Die Zeit bestätigte erneut vollständig die Ansichten unserer Partei. Die friedliche Weg der Revisionisten zum Sozialismus führte zur indonesischen und chilenischen Tragödie.

In seiner Rede vor den Vertretern der 81 Parteien deckte Genosse Hoxha die feindlichen Absichten der revisionistischen antistalinistischen Kampagne auf und verteidigte entschieden den Namen und das Werk Stalins. Die Chruschtschow-Leute griffen Stalin an und verleumdeten ihn, denn ohne ihn zu verleumden konnten sie dem Revisionismus und der bürgerlichen Ideologie, den konterrevolutionären Veränderungen in der Sowjetunion nicht die Türen aufreißen, konnte nicht die historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats geleugnet und der Leninismus „entthront“ werden. Sie erfanden den sogenannten Kampf gegen den „Personenkult“ und gegen den „Stalinismus“, um sich brutal in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien einzumischen, um ihre Führungen auszuwechseln und,wo es ihnen gelang, opportunistische und revisionistische Elemente an die Macht zu bringen.

Indem unsere Partei Stalin verteidigte, verteidigte sie den Leninismus, verteidigte sie die sozialistischen Errungenschaften in der Sowjetunion, verteidigte sie die revolutionäre Linie der kommunistischen Bewegung, für die die historische Rolle Stalins und sein großer Beitrag unvergänglich bleiben. „*Die PAA meint*“, erklärte Genosse Hoxha, „*daß es nicht richtig, nicht normal und nicht marxistisch ist, den Namen und das große Werk Stalins aus dieser ganzen Epoche wegzustreichen, wie es jetzt geschieht. Wir alle müssen das große unsterbliche Werk Stalins verteidigen. Wer das nicht tut, ist ein Opportunist und Feigling.*“

In Bezug auf den jugoslawischen Revisionismus analysierte und kritisierte Genosse Hoxha die Haltung der sowjetischen Führung ihm gegenüber und verurteilte scharf den opportunistischen ideologischen Inhalt und die feindliche Tätigkeit des jugoslawischen Revisionismus. Er betonte, daß der Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht zu Ende wäre, wie die Sowjets sagten, sondern stets die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung bliebe. Der Revisionismus muß überall, wo er auftritt und praktiziert wird, in allen auftretenden Formen und Aspekten, bekämpft werden. Wird der Revisionismus als eine vorübergehend, örtlich begrenzte Erscheinung aufgefaßt und behandelt, dann wird er praktisch nicht bekämpft und seiner Ausbreitung kein Riegel vorgeschoben.

Die Haltung der PAA in Bukarest und in Moskau entsprang der tiefen Besorgnis um das Schicksal der Revolution und des Sozialismus, um die marxistisch-leninistische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.

Um ihre Hegemonie und Herrschaft in den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern zu errichten, verletzten die sowjetischen Führer brutal alle Normen und Prinzipien. Gegen diese Methoden und antimarxistischen Handlungen, hinter denen der Großmachtchauvinismus steckte, erhoben sich mit Nachdruck unsere Partei und Genosse Enver.

Genosse Enver Hoxha kritisierte mutig die Chruschtschowsche Verschwörung gegen die KP Chinas in Bukarest, sowie die Versuche Chruschtschows, sich alle Parteien zu unterwerfen und sie nach seinen Wünschen zu dirigieren. Dabei verteidigte er die leninistischen Prinzipien der Unabhängigkeit und Gleichheit, die in den Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und sozialistischen Staaten existieren müssen.

Auf der Moskauer Beratung brachte Genosse Hoxha den Willen der Partei und des ganzen Volkes zum Ausdruck und brandmarkte die chauvinistische Linie und die chauvinistischen Akte der Chruschtschow-Leute gegenüber Albanien, besonders ihre feindseligen Handlungen nach der Bukarester Beratung. Er wies die revisionistischen Vorwürfe und Verleumdungen zurück, verteidigte entschlossen unsere Partei und unser Land.

Seit der Moskauer Beratung sind 15 Jahre vergangen. Als damals unsere Partei den revisionistischen Kurs der sowjetischen Führung anprangerte, forderte unsere Partei, über die Zukunft der Sowjetunion besorgt, die Kommunistische Partei der Sowjetunion auf, ihren Kurs zu ändern und solange es noch nicht zu spät war, auf den leninistischen Weg zurückzukehren. Doch die Chruschtschow-Führung beharrte auf ihren antimarxistischen Positionen und schritt rasch auf dem Weg des Verrates voran. Die Folgen dieser katastrophalen Linie sieht heute jeder.

Der Chruschtschowsche Verrat liquidierte die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Diktatur des Proletariats. An ihre Stelle ist die bürgerlich-revisionistische Diktatur mit Vertretern aus den Schichten der Bürokraten und Technokraten, aus höchsten Militärrängen und der Intelligenz getreten.

Die neuen Wirtschaftsreformen zerschlugen die ganzen sozialistischen Strukturen. Die Ideologie, Kultur, Moral und Lebensweise haben bürgerlichen Inhalt und bürgerliche Form angenommen und dazu geführt, daß das geistige Leben entartete. Die Sowjetunion ist zum Feuerlöscher der Revolution und zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden.

Daß der Revisionismus beherzigt wurde, hat in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die Chruschtschows Weg einschlugen, zu bitteren Folgen geführt. Sie sind einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt: der der einheimischen revisionistischen Cliquen und der des sowjetischen Sozialimperialismus. Die politische, ökonomische und militärische Integration dieser Länder in das zentrale sowjetische Staatssystem beseitigt allmählich die noch übriggebliebene formale Unabhängigkeit. Der Warschauer Vertrag, der Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe und die übrigen gemeinsamen Organisationen sind,wie Genosse Hoxha in Moskau angekündigt hatte, zu Werkzeugen der sowjetischen Herrschaft geworden.

Die kommunistischen Parteien, die der sowjetischen Führung folgten, sind vollständig entartet. Sie haben nichts Leninistisches. Sie haben jede Klassengrenze zur Bourgeoisie eingerissen. Ihre neue Orientierung, ein Bündnis und eine enge Zusammenarbeit mit großen bürgerlichen Parteien herzustellen, wie es die Togliattisten tun, bedeutet die öffentliche Kapitulation der revisionistischen Parteien vor der Bourgeoisie.

Das ganze revisionistische Lager ist von Widersprüchen, Auflösung und Zersplitterung in verschiedene Strömungen und Gruppierungen gekennzeichnet. Den sowjetrussischen Führern gelingt es nicht, die seit langem geplante neue revisionistische Beratung zu organisieren. Es gelingt ihnen nicht, die verschiedenen Abteilungen des modernen Revisionismus, die immer weniger den Moskauer Wünschen gehorchen, in Schach zu halten.

Im Gegensatz dazu befindet sich das sozialistische Albanien in einer glänzenden Lage. Hält man sich das vor Augen, versteht man noch besser wie rettend und glückbringend diese entschlossene und prinzipienfeste Haltung unserer Partei, wie richtig und revolutionär ihre Linie des unversöhnlichen und kompromißlosen Kampfes mit dem Chruschtschow-Revisionismus war.

Als unsere Partei den offenen Kampf gegen die sowjetischen Revisionisten begann, als sie deren antimarxistische Tätigkeit entlarvte, wurden die Chruschtschow-Leute wild und ließen gegen das sozialistische Albanien nichts unversucht. Doch die Partei beugte sich nicht und ließ sich nicht einschüchtern. Seit langem hatte sie beschlossen: „*Auch wenn wir Albaner ohne Brot bleiben sollten*“, erklärte Genosse Hoxha auf der Tagung des Politbüros am Vorabend der Moskauer Beratung, „*werden wir die Prinzipien nicht verletzen und den Marxismus-Leninismus nicht verraten. Darüber sollen sich alle, Freunde und Feinde, klar sein.*“

Die Feinde erwarteten, daß Albanien kapitulierte. Doch sie hatten sich schwer verrechnet. Albanien kapitulierte nicht, es ließ sich nicht in die Irre führen und sich weder durch Blockaden noch durch den brutalen Druck der Revisionisten niederzwingen. Das sozialistische Albanien ist stets dem Marxismus-Leninismus treu und schreitet siegreich auf dem Weg des sozialistischen Aufbaues. Es kennt nicht den Rückgang, das Chaos und die Krisen, die heute die revisionistischen Länder wie die ganze kapitalistische Welt heimgesucht haben.

Das sozialistische Albanien ist in einer aufrichtigen und brüderlichen Freundschaft mit dem großen China Mao Tsetungs verbunden. Dieser Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit liegen die Prinzipientreue, die konsequente und korrekte Befolgung des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und die Entschlossenheit zugrunde, die Sache der Revolution und der Befreiung der Völker zu verteidigen und ihr bis zuletzt zu dienen. Der Kampf der KP Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze gegen den Chruschtschow-Revisionismus, ihr Beitrag zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus, die Unterstützung der revolutionären Befreiungskräfte werden stets als ein hervorragendes Beispiel revolutionärer Entschlossenheit und Ergebenheit gegenüber der Sache des Kommunismus gewertet und geachtet werden.

Ein großer Erfolg des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus war die Gründung neuer marxistisch-leninistischer Organisationen und Parteien. Heute lösen diese Parteien richtig eine Reihe wichtiger ideologischer, politischer und organisatorischer Probleme, die das Leben und der revolutionäre Kampf hervorbringen. Sie festigen immer mehr ihre marxistisch-leninistische Einheit, bauen die Verbindungen zu den Massen aus und nehmen aktiv an den großen Klassenkämpfen gegen den Kapitalismus und Imperialismus teil.

Der von der PAA, der KP Chinas und den übrigen marxistisch-leninistischen Kräften im Jahr 1960 begonnene offene Kampf und die offene Polemik gegen den Chruschtschow-Revisionismus sind nicht zu Ende. Sie müssen fortgesetzt werden und ständig zunehmen. Das ist notwendig, weil die gegenwärtige sowjetische Führung mit Breschnew an der Spitze als unmittelbare Erbin und Nachfolgerin Chruschtschows die antimarxistische und konterrevolutionäre Linie des Revisionismus noch mehr vertieft hat und offen mit dem Banner des imperialistischen Hegemoniestrebens und der imperialistischen Expansion aufgetreten ist. Die übrigen revisionistischen Parteien in verschiedenen Ländern üben eine vergiftende und verwirrende Tätigkeit in der Arbeiterklasse und unter den werktätigen Massen aus und sie kämpfen gemeinsam mit den Sozialdemokraten und der Bourgeoisie gegen die aufrechten revolutionären Kräfte und sabotieren die Revolution und die Befreiungskämpfe der Völker.

In dem heftigen Kampf auf allen Gebieten gegen den Chruschtschow-Revisionismus hat es die Partei der Arbeit Albaniens verstanden, wie erforderlich aus diesem Kampf zu lernen und nützliche Lehren aus der negativen Erfahrung der revisionistischen Entartung in der Sowjetunion und in anderen Ländern zu ziehen.

Die PAA hat in dem historischen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus ohne jedes Zugeständnis die revisionistische Linie und das revisionistische Programm der bürgerlichen Entartung und der Wiederherstellung des Kapitalismus entlarvt und dabei gleichzeitig eine revolutionäre marxistisch-leninistische Linie und ein revolutionäres marxistisch-leninistisches Programm ausgearbeitet, wie die Revolution und der Aufbau des Sozialismus ununterbrochen vorangetrieben und der Gefahr des Revisionismus und der Rückentwicklung zum Kapitalismus der Weg versperrt werden kann. Dieses Programm, das einen neuen Beitrag zur Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus darstellt, wird heute jeden Tag in Albanien in die Tat umgesetzt.

Es hat sich bestätigt, daß die Ausbreitung des Revisionismus in den sozialistischen Ländern kein unvermeidbares Verhängnis ist, wie die bürgerlichen Ideologen vorgeben, daß der Vormarsch des Sozialismus unaufhaltsam ist, wenn konsequent eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie befolgt und angewandt wird.

Unsere Partei hat den Klassenkampf auf richtige Weise entfaltet, sie hat ununterbrochen die führende Rolle der Partei auf allen Gebieten verstärkt und vervollkommnet, sie hat ständig den Staat der Diktatur des Proletariats gefestigt, indem sie den Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus vertiefte, sie hat die Massenlinie, die unmittelbare Kontrolle durch die Arbeiterklasse und das marxistisch-leninistische Prinzip befolgt, sich beim Aufbau des Sozialismus auf die eigenen Kräfte zu stützen. Unsere Partei und unsere Volksmacht haben durch die Bewaffnung und militärische Ausbildung des ganzen Volkes die Verteidigung des Landes verstärkt, sie haben entschlossen gegen die ausländische ideologische Aggression gekämpft und erfolgreich den imperialistisch-revisionistischen Blockaden und der Einkreisung die Stirn geboten.

Die Erfahrung hat unsere Partei und unser Volk gelehrt, stets wachsam gegenüber den inneren und äußeren Feinden zu sein. Sie hat ihnen gezeigt, daß in dem langen Prozeß des sozialistischen Aufbaues die versteckten Feinde gerade in den Augenblicken, wenn der Klassenkampf sich sehr verschärft oder der Druck der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung zunimmt, ihr Haupt erheben und in Zusammenarbeit mit dem Revisionismus und der internationalen Reaktion versuchen, die Diktatur des Proletariats zu unterhöhlen und Voraussetzungen und Situationen zu schaffen, um den Sozialismus zu stürzen und den Kapitalismus wiederherzustellen. Die im 19. Band in Zusammenhang mit den Feinden der Partei, Koco Tashko, Liri Belishova u. a. veröffentlichten neuen Materialien, sowie die gesamte vergangene und heutige Kampferfahrung der Partei und der Massen gegen die feindlichen und verräterischen Elemente zeigen, daß es zwischen den inneren und äußeren Feinden, besonders mit den revisionistischen, eine direkte Verbindung gibt, eine Abstimmung der Handlungen, um die Partei, die Volksmacht, die Einheit und Sicherheit unseres Vaterlandes zu zerschlagen.

Entartete Menschen, wie die, die sich in den Dienst der Feinde stellen, werden niemals Risse in den Reihen unserer Partei und in der Einheit Partei-Volk finden, sie werden niemals ein Terrain finden, in dem sie mit ihrer teuflischen Wühlarbeit Wurzeln schlagen können. „*Der Klassenkampf*“, sagte Genosse Hoxha, „*den unsere Partei und unser Volk so erfolgreich, entschlossen und wachsam führen, enthüllt und zerschlägt erbarmungslos diese faulen Stellen unserer Gesellschaft.*“

Die historische Rede des Genossen Enver Hoxha auf der Moskauer Beratung sowie alle Schriften des 19. Bandes seiner Werke rufen bei den albanischen Kommunisten und allen werktätigen Massen einen berechtigten Stolz auf ihre heroische Partei, auf deren revolutionäre Linie und unverbrüchliche Treue gegenüber dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus hervor. Sie sind von ihrem unbeugsamen Kampf begeistert und holen sich aus ihm neuen Mut und neue Kraft, um immer aufrecht zu stehen und aus den Schlachten, in die sie die Partei führt, stets siegreich hervorzugehen. Durch die Materialien des 19. Bandes erkennen sie noch besser, daß die einzig richtige Politik die prinzipienfeste Politik ist und daß die Grundlage und das Fundament all unserer Siege die richtige Linie der Partei ist.

Aufgabe der Kommunisten und all unserer Menschen ist es, sich noch beharrlicher in das Studium des Marxismus-Leninismus, der Dokumente unserer Partei und der Werke des Genossen Enver Hoxha zu versenken. Besondere Aufmerksamkeit muß der Aneignung aller im 19. Band enthaltenen Materialien gewidmet werden. Sie geben uns eine bedeutende theoretische Grundlage und eine reiche Erfahrung, um im Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle Feinde des Sozialismus zu kämpfen und zu siegen, die in der Welt entstehenden verschiedenen Situationen zu verstehen und stets und unter allen Umständen die richtige Linie der Partei und die Lehren des Marxismus-Leninismus mutig zu verteidigen. Diese Materialien erziehen und spornen uns dazu an, die Sache der Partei und des Sozialismus stets voranzutreiben.

Der heroische Kampf unserer Partei erfüllt uns mit dem großen Vertrauen und der unerschütterlichen Überzeugung, daß es keine Kraft auf der Welt gibt, die eine wirklich kommunistische Partei und ein revolutionäres und patriotisches Volk, wie es unsere Partei und unser Volk sind, niederringen kann, daß es keine Kraft gibt, die den Marxismus-Leninismus bezwingen kann.

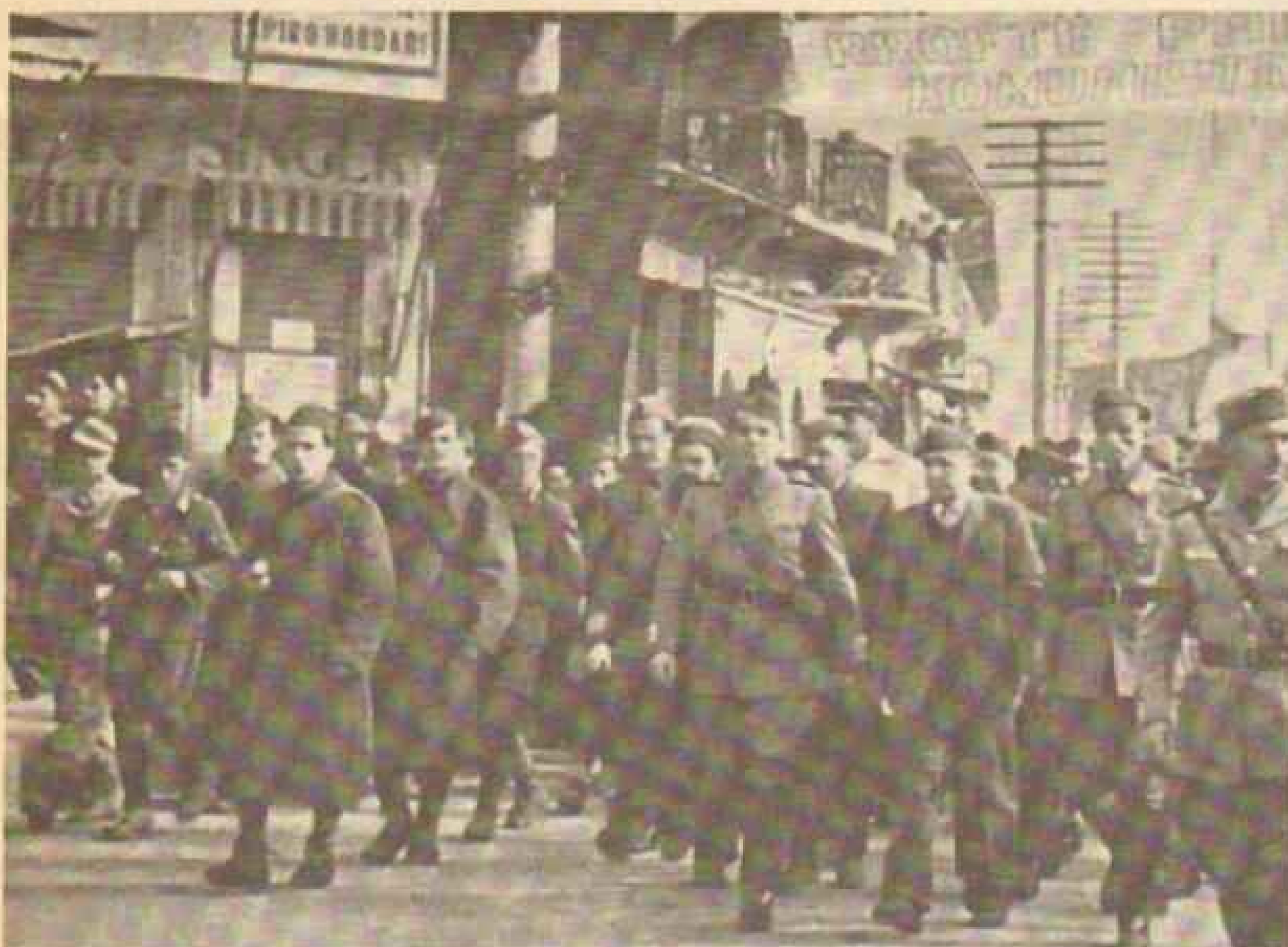
Auf unserem Weg und in unserem Kampf sind wir nicht allein. So wie wir Albaner denken und kämpfen Hunderte Millionen Menschen auf allen Kontinenten. Die Revolution marschiert überall. Die Zukunft gehört dem Marxismus-Leninismus, dem Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

28. November: 155. Geburtstag Friedrich Engels



Vor 155 Jahren, am 28. November 1820, wurde Friedrich Engels in Wuppertal-Barmen geboren. Gemeinsam mit Karl Marx begründete er den wissenschaftlichen Sozialismus. Marx und Engels bewiesen zum ersten Mal in der Geschichte, daß der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie unvermeidlich zur Revolution, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus führen muß. Ebenso wie Karl Marx kämpfte Friedrich Engels sein ganzes Leben lang unermüdlich für dieses große Ziel. Friedrich Engels war einer der größten Führer und Lehrer des Proletariats, seine Werke sind unvergänglich. Unser Bild zeigt Friedrich Engels im Jahre 1845.

31. Jahrestag der Befreiung Albaniens vom Faschismus



Am 29. November feiert das albanische Volk den 31. Jahrestag der vollständigen Befreiung vom deutschen und italienischen Faschismus und den Sieg der Volksrevolution. Dieser Sieg legte den Grundstein für den Aufbau des Sozialismus in Albanien. Im ständigen Kampf gegen den modernen Revisionismus festigt das albanische Volk unter Führung seiner Partei, der Partei der Arbeit Albaniens, die Diktatur des Proletariats und machte Albanien zum Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa. Das Bild zeigt den Einzug der Truppen der nationalen Befreiungsarmee mit dem Führer der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha an der Spitze, in das geschmückte Tirana am 28. November, dem Vortag des Sieges.

Neuerscheinung aus der VR China

Bauernmalerei aus dem Kreis Huhsiän

„In der Welt von heute ist jede Kultur, jede Literatur und Kunst einer bestimmten Klasse angehörig, einer bestimmten politischen Linie verpflichtet. Eine Kunst um der Kunst willen, eine über den Klassen stehende Kunst, eine Kunst, die neben der Politik einherginge oder unabhängig von ihr wäre, gibt es in Wirklichkeit nicht." — Mao Tsetung

Nichts hätte die tiefe Wahrheit dieser Aussage Mao Tsetungs augenfälliger machen können als ein ungewöhnliches Zusammentreffen auf der Pariser Biennale, der großen Kunstausstellung, die im September eröffnet wurde. Zum ersten Mal war dort die Volksrepublik China vertreten mit einer Sammlung von Bauernmalereien aus dem Kreis Huhsiän. So wurde diese Ausstellung zu einem lebendigen Bild des Klassenkampfes im Bereich der Kultur. Auf der einen Seite die Produktionen der bürgerlichen Dekadenz: eine Dame aus Düsseldorf veranstaltete ein Bogenschießen auf Madonnenbilder. Eine Dame aus Polen stellte Photos aus, die sie — wie der „Spiegel" berichtete — bei „lustbetontem Bananenverzehr" zeigen. Beide geben ihre Machwerke als „Kunst" aus, die der Befreiung der Frau dienen soll.

Auf der anderen Seite die ausdrucksstarken, realistischen Darstellungen des Lebens der Bauern von Huhsiän. Ein Bild etwa mit dem Titel „Die Frauen tragen die Hälfte des Himmels", das auch in dem unten angekündigten Bildband abgedruckt ist. Es zeigt Frauen, die um eine Wandzeitung gruppiert stehen und ernst und lebhaft diskutieren. Sie sind als Trägerinnen bestimmter gesellschaftlicher Funktionen erkennbar: die Barfußärztin mit ihrer Rot-Kreuz-Tasche, eine Elektrikerin mit ihrem Werkzeug, Bäuerinnen, die Hacken geschultert und vorn im Bild eine Traktoristin, die eben von ihrem Fahrzeug steigt.

Jede Kunst ist „einer bestimmten Klasse zugehörig" und dient ihr, ihren Standpunkt zu propagieren. In dem einen hier dargestellten Beispiel ist es der Standpunkt der Bourgeoisie der westlichen und revisionistischen Länder. Unter den gegen die bürgerliche Diktatur aufbegehrenden Frauen wird der Sexualismus als Ausweg propagiert. Resignation und Pessimismus werden verbreitet. Die „Kunst" dieser Klasse ist notwendig chaotisch, sie ist Ausdruck des Verfalls, des Untergangs einer alten Klasse.

Die Bauernmaler aus Huhsiän dagegen propagieren — entsprechend der Linie des Vorsitzenden Mao — die massenhafte Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion; sie propagieren die Einheit von Produktions- und Klassenkampf, die breite und aktive Teilnahme der Frauen an den großen politischen Kämpfen wie etwa der Kampagne zur Verurteilung von Konfuzius und Lin Biao. Entsprechend diesem Ziel sind die Darstellungen dieser Künstler klar, übersichtlich; die leuchtenden, kräftigen Farben ihrer Bilder sind selbst ein Ausdruck des revolutionären Optimismus der neuen Klasse.

Während die bürgerliche „Kunst" die Massen verachtet, verspottet, verwirrt und niederdrückt, ist es das Ziel der proletarischen und bäuerlichen Künstler Chinas — gemäß der Weisung Mao Tsetungs — den Massen zu „helfen", sich zusammenzuschließen, Fortschritte zu machen und einmütig vorwärtszustürmen."



„Die Frauen tragen die Hälfte des Himmels" von Cheng Min-sheng (Ausschnitt).

In dem Bildband „Bauernmalerei aus dem Kreis Huhsiän" findet man so auf allen Bildern gerade das Positive, das Vorantreibende im Leben der Volkskommunen dargestellt und verallgemeinert. Bezeichnend dafür sind die zahlreichen Gemälde und Holzschnitte, auf denen nächtliche Produktionseinsätze gezeigt werden. Lenin sagte „Das ‚Kommunistische' beginnt erst dort, wo die Subbotniks aufkommen, d. h., wo in großem Ausmaß unentgeltliche, von keiner Behörde, keinem Staat genormte Arbeit von einzelnen zum Nutzen der Gesellschaft geleistet wird."

Die Bauernmaler stellen immer wieder das „Kommunistische" heraus. Ihre Kunst dient der Politik des Proletariats und der Partei. Sie ist eine scharfe Waffe und ein wichtiger Bestandteil der Kampagne zur Festigung der proletarischen Diktatur. Die Einheit von Politik und Kunst kommt auch im Leben der Bauernkünstler zum Ausdruck. Sie beherrschen nicht nur die Formen der revolutionären Kunst. Huhsiän ist gleichzeitig ein Kreis des vorbildlichen Lernens von Dadschai. Obwohl die Bauernmaler, wie man an jedem einzelnen Bild sehen kann, die Forderung Mao Tsetungs erfüllen, daß die Kunst nicht nur von revolutionärem politischen Inhalt, sondern auch von „möglichst vollkommener künstlerischer Form" sein soll, bestehen sie darauf, ihre künstlerische Tätigkeit als Freizeitbeschäftigung zu betrachten. In der Hauptseite widmen sie sich der Produktionstätigkeit.

Die Tatsache, daß in China die breiten Massen der Arbeiter, der armen und unteren Mittelbauern zum Pinsel und zur Palette greifen, um ihre Macht nicht nur im politischen, sondern auch im kulturellen Bereich zu festigen, zeugt von der tiefgreifenden Revolution im Überbau, die für das neue China kennzeichnend ist.

Die Bauernmaler widerlegen in der Praxis die revisionistische Theorie vom „angeborenen Genie" wie sie von Leuten vom Schlage Lin Biao verbreitet werden. Sie zeigen: die breiten Massen der Arbeiter und Bauern sind nicht nur die Schöpfer des materiellen Reichtums der Gesellschaft, sondern auch ihres geistigen Reichtums. In jeder Hinsicht sind die Volksmassen die Herren der Geschichte.

Bauernmalerei aus dem Kreis Huhsiän
Offset-Bildband mit 80 farbigen Bildern, 26 × 29,4 cm, Preis 10,-- DM
Bestell-Nr. 84—365

Zu beziehen über:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2000 Hamburg 11, Postfach 11 1649

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.............................

Beruf.............................

Postleitzahl/Ort.............................

Straße.............................
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............... Unterschrift.............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 48/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, [illegible] 20, Tel.: 0511/ 44 51 [illegible] Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, [illegible]str. 5, Tel.: 0621 / 37 67 [illegible]. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa [illegible] Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Hauffmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / [illegible] 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. [illegible]-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller [illegible]str. 70, Öffnungszeiten: Mi. und [illegible]. 16-19, Sa. 9-1[illegible] Uhr.

Duisburg-Hochfeld, [illegible]ulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-1[illegible] Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

GESCHENKABONNEMENT

Lieber Leser des ROTEN MORGEN, wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten zu Weihnachten schenken könnten, vergessen Sie den ROTEN MORGEN nicht! Wenn Sie diesen Bestellschein ausfüllen und 30 DM überweisen, erhalten Sie einen Gutschein für ein Abonnement des Jahrgangs 1976.

An Verlag G. Schubert
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Vom 1. 1. 76 bis zum 31. 12. 76 soll der ROTE MORGEN an folgende Adresse geschickt werden:

ROTER MORGEN

Name ....

Straße ....

Postleitzahl/Ort ....

Die Überweisung erfolgt durch:

Name ....

Postleitzahl/Ort ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,--DM. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 — 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 — 393 zu überweisen.